E&W

Erziehung & Wissenschaft 12/2018

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Ankommen
in Deutschland

NAIKA FOROUTAN

Foto: Nina Pieroth

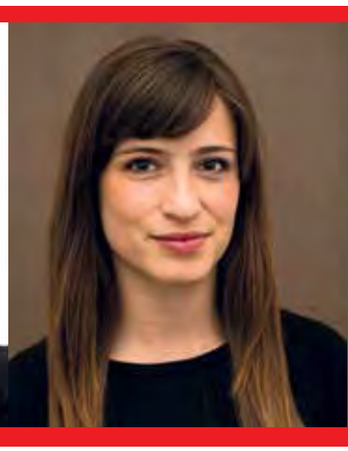


Foto: Sebastian Gollnow

KATARINA STJEPANDIĆ

Brücken schlagen

Wir leben in einer Gesellschaft, in der beinahe ein Viertel der Bevölkerung (19,3 Millionen Menschen) Migrationshintergrund hat. Der Anteil der Schulkinder in Deutschland mit Migrationsgeschichte liegt bei fast 40 Prozent. Vor allem in den westdeutschen Großstädten wie Hamburg hat laut Statistischem Bundesamt fast jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund, in Frankfurt am Main sind es sogar knapp 70 Prozent der schulpflichtigen Kinder. Jede dritte Familie in diesem Land hat eine Migrationsgeschichte. Tendenz steigend. Herkunft als identitätsstiftendes Kriterium verwischt, Gesellschaften werden vielfältiger und das nicht erst seit 2015, sondern als Folge historischer Zusammenhänge und Kontinuitäten. Dennoch wird Migration als etwas Unerwartetes, Neues und daher Unruhestiftendes wahrgenommen und problematisiert. Dabei erscheint die Fiktion von Homogenität, Kontrolle und Eindeutigkeit als letzte Bastion gegen Migration. Selbstverständlich bedeutet Einwanderung Veränderungen – sowohl für die Ankommenden als auch für die sogenannte Mehrheitsgesellschaft, die in sich alles andere als homogen ist. Deshalb sprechen wir von postmigrantischen Gesellschaften (durch Migration verändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung nachhaltig – Anm. d. Red.) und richten das Augenmerk nicht auf Migration selbst, sondern vielmehr auf das, was nach ihr und durch sie geschieht. Auf Prozesse und die Konflikte, die durch das Einfordern von Zugehörigkeit, Partizipation und gleichen Rechten Folgen für die gesamte Gesellschaft haben.

Dabei beobachten wir, dass die Migrationsfrage oft als Vorwand dient, um gesellschaftliche Missstände neu Hinzugekommenen zuzuschreiben – als wären Ungleichheit, Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus erst durch Einwanderung entstanden. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir in einer pluralen Demokratie miteinander leben wollen. Welche gemeinsamen Ziele wir definieren können. Insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheiten, extremistischer Bewegungen – ganz gleich ob religiös-fundamentalistisch oder völkisch-nationalistisch: Sie spalten die Gesellschaften in gegensätzliche Lager und tragen maßgeblich dazu bei, dass sich Positionen polarisieren. Für welche Seite man sich entscheidet, bemisst sich an der Haltung zur Pluralität wie zur realen Ungleichheit, nicht an der Herkunft.

Wenn beispielsweise bereits ein Viertel der Gesellschaft Migrationshintergrund hat, dann ist es nicht legitim und nicht vertretbar, dass sich dies weder in der Politik noch bei den Lehrkräften, in den Medien oder sonstigen Bereichen des öffentlichen Lebens widerspiegelt. Missstände können aber nicht behoben werden, wenn sich nur diejenigen wehren, die davon betroffen sind. Deshalb brauchen wir Gemeinsamkeiten, die weit über die Herkunft hinaus gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern können. Das bedeutet, dass wir für das Eintreten des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes einen Konsens herstellen müssen, der nicht auf nationalen, ethnischen, kulturellen und religiösen Zuschreibungen basiert. Der aber auch in der Lage ist, Partikularinteressen zumindest zeitweise zurückzustellen. Wir plädieren daher zum einen für die Bereitschaft, Vielfalt als gemeinsame Erfahrung anzuerkennen, zum anderen dafür, Allianzen auf der Grundlage einer gemeinsamen Haltung zur pluralen Demokratie zu schließen. Nur so kann es gelingen, Brücken zwischen unterschiedlichen Akteurs- und Interessengruppen zu schlagen, der Diversität gerecht zu werden und ein Gegengewicht zu antidemokratischen Strömungen zu setzen.

Naika Foroutan,
Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin

Katarina Stjepandić,
wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Brücken schlagen — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Ankommen in Deutschland
1. Die Alhameadis – ein Porträt — Seite 6
2. Konzepte für Bildungserfolge: Hausbesuche und Lobanrufe — Seite 9
3. Zugewanderte separat unterrichten? Mehr als nur Deutsch lernen — Seite 12
4. Interview mit Prof. Kai Maaz: Durchgängige Förderung — Seite 14
5. Sprachsensibler Unterricht in der Berufsbildung: Jede Stunde 20 neue Begriffe — Seite 16
6. Interview mit Prof. Aladin El-Mafaalani: Integration führt zu Konflikten … — Seite 18
7. Integrationskurse – zwei Protokolle: „600 Stunden sind zu wenig“ — Seite 20

Internationales
GEW-Delegation besucht Projekte in Nordsyrien: Schulen für Rojava — Seite 21

Länderserie Fachkräftemangel
Bayern: Individuelle Förderung? Fehlanzeige! — Seite 22

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Ende der GEW-Sommertour in Bayern: Vormittags wie nachmittags — Seite 25

Schule
1. Interview mit Peter Daschner: Stiefkind der Bildungspolitik — Seite 26
2. Politische Bildung gegen Rechtsruck: Wann, wenn nicht jetzt? — Seite 28

Hochschule
GEW-Wissenschaftskonferenz: Die reine Lehre — Seite 30

Berufliche Bildung und Weiterbildung
1. GEW-Herbstakademie: „… ein gravierendes Fachkräfteproblem!“ — Seite 32
2. Reform des Berufsbildungsgesetzes: Berufliche Bildung neu ordnen — Seite 34

Gesellschaftspolitik
1. Interview mit Prof. Hajo Funke: Völkische Achse dominiert — Seite 36
2. Bildungspolitische Strategie der AfD: Kurs hart rechts — Seite 38

fair childhood
1. Simbabwe: Schule statt Plantage — Seite 40
2. GEW-Kommentar: Licht im Advent — Seite 42

Frauen
GEW-Frauenkonferenz: Mammutagenda Zukunft — Seite 43

GEW-Intern
1. Junge GEW diskutiert über die 68er: Zwischen Utopie und Zwang — Seite 44
2. Deutsch-polnische Sprachakademie 2019: Auf nach Ustroń! — Seite 44

Leserforum — Seite 45

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 70. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Kooperationsverbot ade?

Der Bund soll Länder und Kommunen künftig bei Investitionen in die Qualität und die Infrastruktur der Schulen finanziell unterstützen dürfen. Darauf haben sich die Fraktionsspitzen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen verständigt. Im Klartext: Das Kooperationsverbot, das bisher Bundesausgaben für die Bildungsaufgaben der Länder verhindert, soll stärker gelockert werden, als im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbart. Für diese Öffnung muss das Grundgesetz geändert werden. Die Große Koalition musste sich mit den Oppositionsparteien einigen, weil für die Grundgesetzänderung im Bundestag ebenso wie im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Beide Abstimmungen standen bei Drucklegung der E&W noch aus. Nach einer positiven Entscheidung von Bundestag und -rat ist die entscheidende Hürde genommen, damit der geplante Digitalpakt zwischen Bund und Ländern umgesetzt werden kann. Der Pakt sieht vor, dass der Bund ab 2019 in einem Zeitraum von fünf Jahren fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung an Schulen bereitstellt. Strittig war zwischen Regierung und Opposition vor allem, wie weit das Kooperationsverbot gelockert werden soll. Jetzt sollen dem Bund Investitionen in die kommunale Infrastruktur und die Qualität des Bildungswesens ermöglicht werden.

Personalnot an Berufsschulen

Der Mangel an Berufsschullehrkräften ist größer als prognostiziert. Das geht aus der kürzlich veröffentlichten Studie „Prognose der Schülerzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen in den Ländern bis 2030“ hervor, die die Wissenschaftler Dieter Dohmen und Maren Thomsen im Auftrag der GEW erstellt haben. „2030 werden etwa 240.000 Schülerinnen und Schüler mehr an beruflichen Schulen lernen, als die Kultusministerkonferenz noch im Mai vorausberechnet hatte“, sagte GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger. Mehr zum Thema in der Januar-Ausgabe der E&W.

Lehrkräfte gewinnen

Die GEW hat ein 10-Punkte-Programm vorgelegt, um den Lehrkräftemangel zu beheben. Die Gewerkschaft schlägt beispielsweise bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer vor. So sollen Arbeitszeit und Klassengrößen reduziert, Ausgleichsstunden und Altersermäßigung angeboten werden. Multiprofessionelle Teams – etwa mit Psychologen, Sozialpädagogen oder herkunftssprachlichen Lehrkräften – und zusätzliche Verwaltungskräfte sollen Lehrerinnen und Lehrer entlasten und zu Qualitätsverbesserungen beitragen. Damit der Beruf attraktiver wird, verlangt die GEW eine bessere Bezahlung aller vollausgebildeten Lehrkräfte nach A13 (Beamte) bzw. E13 (Angestellte). Zudem soll die Zahl der Plätze in den Lehramtsstudiengängen und im Vorbereitungsdienst deutlich erhöht werden.
Weitere Infos unter: www.gew.de/10-punkte-lehrkraeftemangel

UNESCO: gemeinsam lernen

264 Millionen Kinder und Jugendliche haben weltweit keinen Zugang zu Bildung, stellt der aktuelle Weltbildungsbericht der UNESCO fest. Und geflüchtete Minderjährige? Für diese, kritisiert die Kulturorganisation, gebe es oft – auch in Deutschland – spezielle Bildungsangebote. Damit würden jedoch Parallelsysteme geschaffen. Bildung müsse aber „inklusiv“ sein, Kitas und Schulen seien „Orte der Integration“, betonten UNESCO-Vertreter während der Veröffentlichung des Reports in Berlin. In Deutschland besuchten im vergangenen Jahr 30 Prozent der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, die jünger als 16 Jahre waren, und fast 85 Prozent, die älter waren, Sonderklassen.

Mehr Druck für „JA13“

Foto: Inge Kleemann

Die Bremer GEW-Kolleginnen und -Kollegen zünden „eine letzte Laterne“ an – als Warnzeichen für den Senat.

Mit bundesweiten Aktionen hat die GEW ab Mitte November den Druck auf Kultus- und Finanzminister erhöht, sich für gleiche Bezahlung aller vollausgebildeten Lehrkräfte einzusetzen.
In den Landesverbänden schwindet mittlerweile die Geduld. Zum Beispiel in Bremen: Dort haben Lehrkräfte mit A12-Besoldung erneut gefordert, nach A13 bezahlt zu werden (s. E&W 10/ und 11/2018) – und eine „letzte Laterne“ als Warnzeichen entzündet. Landesvorstandssprecherin Ina von Boetticher appellierte an die Verantwortlichen: Wenn der Senat nicht zügig handele, werde von Kolleginnen und Kollegen „der Wechsel in andere Bundesländer ernsthaft erwogen“.
Mit einer symbolischen Aktion vor dem Landtag in Düsseldorf unter dem Motto „Mein Stück vom Kuchen“ hat auch die GEW Nordrhein-Westfalen den Druck für bessere Bezahlung aller vollausgebildeten Lehrkräfte erhöht. Es gebe „keine sachlichen Gründe, Pädagoginnen und Pädagogen an Grundschulen und Schulformen der Sek I schlechter zu bezahlen“ als etwa an Gymnasien, sagte Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Die Differenz im Einstiegsgehalt – nach GEW-Berechnungen liegt diese zwischen A12 und A13 bei über 500 Euro – sei nicht zu rechtfertigen.

Beamtenstreikrecht: Kläger ziehen zum EGMR

Das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte wollen elf Klägerinnen und Kläger mit Rechtsschutz der GEW vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erstreiten. Am 12. Juni hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Klagen von vier Lehrerinnen und Lehrern zurückgewiesen (s. E&W 2/, 6/, 7-8/2018). Damit wurde der Weg zum EGMR nach Straßburg frei. Die GEW vertritt die auch im Völkerrecht verankerte Auffassung, dass es ein Menschenrecht gibt, Arbeitsbedingungen kollektiv auszuhandeln, was Streiks einschließt. Dem BVerfG hält die Gewerkschaft vor, es versäumt zu haben, das Grundgesetz europa- und menschenrechtsfreundlich auszulegen. Das habe den Gesetzgeber daran gehindert, deutsches und internationales Recht anzugleichen.

Mitmachen lohnt sich ...

... mit jedem neu geworbenen GEW-Mitglied können Sie andere aktiv unterstützen.*

Prämie des Monats Dezember:

30-Euro-Spende

Eine Spende in Höhe von 30 Euro für die GEW-Stiftung „fair childhood“ oder
den Heinrich-Rodenstein-Fonds für verfolgte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

HEINRICH RODENSTEIN FONDS e.V.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Dezember 2018/Spende

Die Alhame

// Seit drei Jahren lebt die syrische Familie – Mutter, Vater, drei Kinder – in Deutschland. Ob ihre Reise damit zu Ende ist, ist ungewiss. Ein Besuch. //

Das Schild steht immer noch auf dem Wohnzimmerschrank: „Welcome to Bockenheim, Family Alhameadi“. Damit hatten Anette und Samantha sie am Frankfurter Hauptbahnhof empfangen – Manal, ihren Mann Loay und die Kinder Obay, May und Alma. Über dem Sofa hängt ein Bild mit Alpenpanorama. Vom Flohmarkt. Es bedeute, dass „wir jetzt hier ein neues Leben haben“, betonen Manal und Loay. Mitte September 2015 ist die syrische Familie nach 45 Tagen per Bus, mit Schlauchboot, Schiff, Taxi und zu Fuß über die Balkanroute nach Deutschland gekommen. Die 21.000 Euro für die Schlepper, zusammengekratzt von Verwandten und Freunden, zahlen sie bis heute zurück. Auf dem Fußmarsch zur österreichischen Grenze stießen sie auf Marija, die einer Wiener Freiwilligen-Organisation

Angekommen in Frankfurt am Main: die syrische Familie Alhameadi: Vater Loay und Mutter Manal mit ihren Kindern May (links), Alma (Mitte) und Obay (rechts). Beginn eines neuen Lebens.

Foto: Alexander Paul Englert

adis

angehört. Ihr gelang es, die Familie nach Wien zu bringen. In Sicherheit.

Ihre schlimmste Fluchterfahrung? Die Gefängnisaufenthalte in der Türkei, in Griechenland und Ungarn. In der griechischen Haft hätten sie zwei Tage nichts zu essen und zu trinken gehabt, berichtet Loay. „Ihr könnt ja Wasser aus der Toilettenspülung trinken“, hieß es. „Das haben wir auch getan“, sagt Manal leise. Und ebenso leise: „Im Militärgefängnis in Budapest waren wir zwei Tage wie Vieh in einem Lager mit zirka 1.500 Menschen eingepfercht mit zwei Toiletten.“ Auch hier kaum eine Mahlzeit. Handys wurden einkassiert, Fingerabdrücke abgenommen.

Endlich wieder Mensch

In Wien habe er sich zum ersten Mal wieder als Mensch gefühlt, erzählt Loay. Essen stand bereit, Datteln und Nüsse. Ein Zimmer zum Übernachten. Ein Bad. Marija vermittelte auch den Kontakt zu Anette in Frankfurt am Main, die die Familie vorübergehend als Gäste in ihrer Bockenheimer WG aufnahm. Nächste Station: Gießen, die hessische Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Antrag auf politisches Asyl. Ankunft in einem nordhessischen Aufnahmelager.

Sechs Wochen verbrachte die Familie in der Notunterkunft Beberbeck, einem Stadtteil Hofgeismars, Landkreis Kassel, zusammen mit etwa 200 Geflüchteten. Ein ehemaliger Gutshof, abgelegen am Waldrand. Kein angenehmer Aufenthalt, dennoch: „We know, we are safe“, sagt der 14-jährige Obay. Das Schlimmste sei das Warten gewesen. Darauf, dass es weitergeht, auf Unterricht, auf die Chance, Deutsch zu lernen. Trotz aller Widrigkeiten, sagt seine Mutter, habe sie das Camp gemocht. Sie hatten zu essen, eine Bleibe – und etwas zu tun: Sie und ihr Mann übersetzten für andere Camp-Bewohner vom Arabischen ins Englische, bei Arztbesuchen, im Krankenhaus. „Wir waren froh, helfen zu können“, erinnert sich die 45-Jährige. „Gar nichts zu tun und nicht zu wissen, was wird“ sei nicht leicht zu ertragen, fügt ihr gleichaltriger Mann hinzu.

Mit viel Glück gelang es der Familie, wieder nach Frankfurt zu kommen. Das BAMF quartierte sie in die Cordiersiedlung ein, zum Abriss vorgesehene Sozialwohnungen im Gallus, dem alten Arbeiterviertel der Bankenstadt – und temporäre Unterkunft für Geflüchtete. Mit Hilfe von Freunden fanden sie eine eigene Wohnung in Frankfurt-Höchst. Mit seinen orientalischen Läden und den unterschiedlichen Nationalitäten erinnert sie der Stadtteil an ihr Herkunftsland. „A very open place“, lobt Obay. „A lot of my friends are Turkish.“ Die zehnjährige May liebt das Fahrradfahren am Main und ihren Turnverein. Ihre Schwester, die neunjährige Alma, ist Mitglied im Höchster Schwimmclub.

Manal will trotzdem umziehen, weg aus der unmittelbaren Nähe des S-Bahnhofs, wo abends Haschisch angeboten werde. Wohin? Am liebsten nach Bockenheim, antwortet die zierliche Frau mit strahlenden Augen. Sie hätten dort „viele nette Menschen“ kennengelernt, die sie sehr unterstützten, und Freunde geworden seien. Hilfe, gibt Manal zu, habe sie weniger in den Moscheen als bei den Kirchen gefunden. Weil es dort „Willkommenspartys“ gegeben habe, sagt May begeistert. Kinderfeste. Flohmärkte.

Das Jahr, das bis zur Erteilung des Aufenthaltsrechts verging, haben die Alhameadis gut genutzt. Bereits Ende 2015 besuchten die Kinder Schulen und Hort, lernten schnell Deutsch. Manal und Loay wollten nicht warten, bis sie an einem Integrationskurs teilnehmen konnten. Dank der Initiative „Teachers on the Road“, die Zugewanderten kostenlos Deutschkenntnisse vermittelt, paukten sie Basiswissen. Notierten die Konjugationen auf einem Plakat und hängten es sich zu Hause an die Wand. Am 13. September 2016 kam der positive Asylbescheid, zunächst befristet auf drei Jahre. Die Aussichten auf Verlängerung sind günstig.

Manal und Loay mussten sich während dieser Zeit um vieles kümmern: Einschulung der Kinder, Gespräche mit dem städtischen Schulamt, mit Schulleitungen. Anmeldung bei Integrationskursen, die das Jobcenter finanziert. Wieder viele Anträge. Alles Amtsdeutsch. Ohne Hilfe blicke da keiner durch, meint Loay. Zum Glück fand sich im Frankfurter Freundeskreis immer jemand, der sie auf Behördengängen begleitete, übersetzte, ihre Lage erklärte. Einmal hätten sie sechs Stunden gebraucht, allein um ein Formular vom Jobcenter auszufüllen. „So viel Bürokratie“, stöhnt Manal rückblickend. Wer als Zugewanderter keinen Menschen habe, der ihn unterstütze, müsse zu einem Übersetzungsbüro, meint Loay. Teuer, und eine zusätzliche Hürde.

Ein Plakat mit Konjugationen hing an der Wand der ersten Frankfurter Wohnung der Alhameadis.

Fotos: Alexander Paul Englert

Es ist nicht einfach, sich zurechtzufinden, aber die Alhameadis beißen sich durch. Ihre Chance: Sie sind gut ausgebildet. Und sehr rührig. Manal besucht die Teestuben der Kirchen, Treffpunkte für Geflüchtete, trifft auf viel Hilfsbereitschaft – und hilft selbst, wo sie kann. Drei pensionierte Lehrerinnen lesen und reden mit den Kindern nachmittags noch zusätzlich deutsch. Unterricht allein, ob in Schule oder Integrationskurs, reiche nicht aus, Kommunikation sei wichtig, wissen die Eltern.

Obay ging vier Monate in eine Eingliederungsklasse einer Hauptschule. Sprachförderung. Wechselte dann, weil er besser Englisch spricht, auf eine internationale Schule. Eigentlich zu teuer für die Familie. Aber eine Freundin der Familie setzte sich dafür ein, dass Obay dort einen Platz und ein Stipendium erhält.

May besucht jetzt die 5. Klasse eines Gymnasiums. Alma die 4. Klasse einer Grundschule in Höchst. Alma ist stiller als ihre Geschwister, verlässt das Zimmer, wenn die Eltern von der Flucht erzählen.

Knapp ein Jahr lang war die Familie vom Jobcenter abhängig. Schwierig für sie. Die Eltern wollten selbst Geld verdienen. Bei einem Stromnetzwerkanbieter in Darmstadt fand Loay eine Stelle als Verantwortlicher für Wartungsarbeiten, befristet auf ein halbes Jahr. Ein Anfang. Der schlanke Mann hat in Syrien Petrochemie studiert, als Ingenieur bei einem Ölunternehmen in Katar gearbeitet. Die Kinder gingen auf englische Schulen. Manal machte in einem Fernstudium ihr IT-Diplom. Bis man die Alhameadis 2013 aus Katar auswies, weil sie Syrer waren.

Für eine bessere Bildung

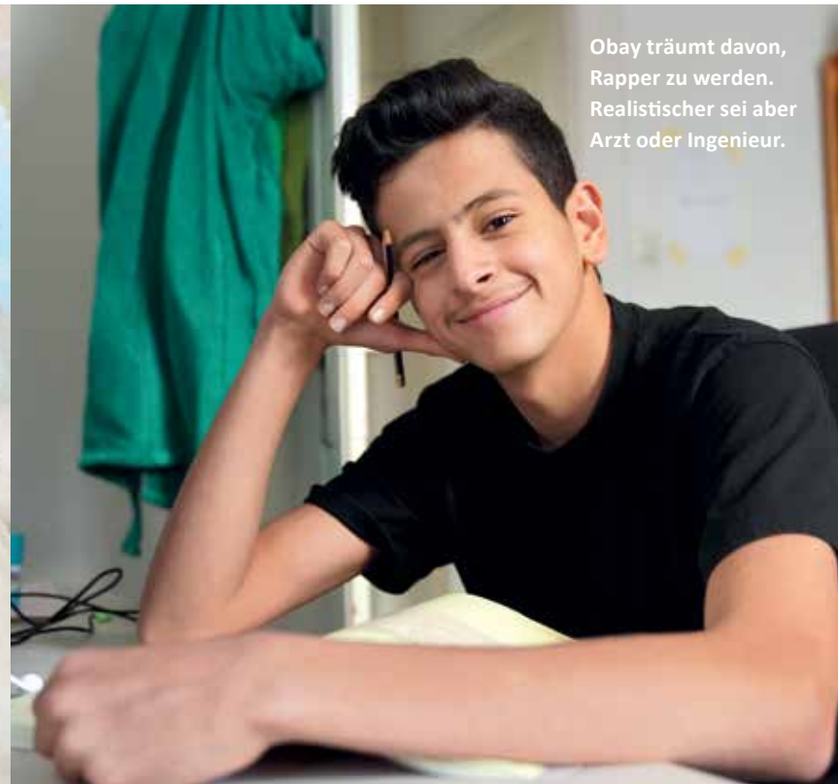
In Syrien gab es keine Arbeit. Es war Krieg, die Familie lebte nahe der libanesischen Grenze von Erspartem. Unterricht war nicht möglich. Die meisten Schulen lagen in Trümmern. Als Loay beinahe einem Selbstmordanschlag zum Opfer fiel, entschloss sie sich, das Land zu verlassen. Ihr Ziel: Deutschland. Obay: „Wegen des Fußballs.“ Seine Eltern: „Wegen des Bildungssystems, der Universitäten.“ Obay, der Deutsch gut versteht, aber lieber auf Englisch antwortet, hat „mixed feelings“, „gemischte Gefühle“, wenn er sich daran erinnert, wen er alles zurücklassen musste: Großeltern, Verwandte, Freunde, die er nur noch per Skype sieht.

Wie wird es weitergehen? Obay träumt davon, Rapper zu werden, hat schon Songtexte geschrieben. Aber wahrscheinlich werde er doch Arzt oder Ingenieur wie sein Vater. Die Gymnasiastin May spielt nach dem Nachmittagskaffee Geige. Das Instrument ist ein Geschenk einer Freundin der Familie. Was sie mal werden will? „Schauspielerin“, sagt sie selbstbewusst. Alma zieht es eher in Richtung Pferde.

Das große Thema, der große Druck: unbefristete Arbeitsverhältnisse. Auf keinen Fall wieder vom Jobcenter abhängig sein. Loay bemüht sich darum, dass die hessische Ingenieurskammer sein Diplom akzeptiert. Manals Bachelor in Anglistik ist mittlerweile in Deutschland anerkannt. Zurzeit arbeitet sie bei einem Wohlfahrtsverband als Seminarassistentin. „Ein Mini-Job.“ Zu Hause büffelt die ausgebildete Informatikerin am PC für ihre Fortbildung als Software-Entwicklerin. Anfang 2019 wollen Manal und Loay das C1-Zertifikat für Deutsch schaffen. Sie wollen eine gute Perspektive – hier. Dafür tun sie viel.

Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der „Erziehung & Wissenschaft“

Mays Zukunftstraum: Schauspielerin. Ihre jüngere Schwester Alma zieht es eher in Richtung Pferde.



Obay träumt davon, Rapper zu werden. Realistischer sei aber Arzt oder Ingenieur.

Hausbesuche und Lobanrufe

// Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien haben noch immer nicht die gleichen Chancen wie Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Bildungserfolge erzielen Schulen, die ein Sprachförderkonzept haben, im Stadtteil verwurzelt sind und die Eltern einbeziehen. //

Hussein* hebt das eiförmige Blatt empor und betrachtet es eingehend. Dann fährt er mit dem Zeigefinger über den Bildschirm seines Tablets und mustert die Abbildungen auf der Webseite zur Blattbestimmung. „Herr Cüce, ist das eine Grauerle?“, wendet er sich an den Klassenlehrer. „Bestimm doch zuerst die Gattung“, antwortet Ceyhan Cüce und deutet auf das Whiteboard. Dort hat er die für das Projekt „Mein Herbarium“ wichtigen Begriffe wie Gattung, Stängel oder Blattader mit den zugehörigen Artikeln notiert.

„Sprachförderung läuft auch im Fachunterricht immer mit“, erläutert Cüce. Viele Kinder führen Vokabelhefte, in die sie neue Fachbegriffe und Verben eintragen. In der 6. Klasse der Gretel Bergmann Schule im Hamburger Stadtteil Neuallermöhe haben drei von vier Schülerinnen und Schülern einen Migrationshintergrund. Ihre Eltern sind Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion oder Zuwanderer aus der Türkei und Polen. Einige Kinder sind selbst im Ausland geboren, haben aber schon eine Hamburger Grundschule besucht oder sind wie Hussein aus einem Krisengebiet des Nahen Ostens geflüchtet und waren zuvor in einer Vorbereitungsklasse. „Die individuellen Lese- und Schreibkompetenzen unterscheiden sich erheblich“, beschreibt der Pädagoge die Heterogenität seiner Klasse.

Für die meisten Schulen in westdeutschen und Berliner Ballungszentren gehört die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte längst zum Alltag. Dennoch erreichen diese noch immer nicht dieselben Bildungserfolge wie Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Zu diesem Schluss kommt der Nationale Bildungsbericht**, der alle zwei Jahre auf Grundlage amtlicher Statistiken und wissenschaftlicher Studien erstellt wird. Weiterhin bestehe ein enger Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Herkunft, bei der meist sozioökonomische und migrationsbezogene Problemlagen zusammenfallen. Trotz aller Anstrengungen sei es bisher nicht gelungen, Bildungsungleichheiten

„Sprachförderung läuft im Fachunterricht immer mit“, sagt Biologielehrer Ceyhan Cüce von der Gretel Bergmann Schule in Hamburg.

Foto: Babette Brandenburg

entscheidend zu verringern. Im Gegenteil: Der Bericht warnt, dass die Kluft künftig größer wird.

Jedes Kind betrachten

Dass die Heterogenität in den Klassenzimmern durch Inklusion und Migration weiter zunimmt, beobachten auch die Lehrkräfte der Gretel Bergmann Schule. Sie setzen deshalb auf Stärkung der Resilienz ihrer mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler. „Wir betrachten jedes Kind und schauen, was es kann und was es braucht“, erklärt Schulleiter Karlheinz Kruse. Ausgehend von höchst unterschiedlichen Lernvoraussetzungen werde es von multiprofessionellen Teams „nach seinen Möglichkeiten begleitet und gefördert“. Im Zentrum steht die Sprachförderung als fester Teil des Regelunterrichts. Regelmäßig werden die Schreib- und Lesekompetenzen der Kinder getestet; entsprechend ihres Bedarfs werden sie im Deutschen gefördert – möglichst von Deutschlehrkräften ihrer Klasse. Schülerinnen und Schüler der Vorbereitungsklassen erhalten in den zwei anschließenden Schuljahren zusätzlich Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Dieser findet als Wahlpflichtkurs unter denselben Bedingungen statt wie die zweiten Fremdsprachen Russisch, Spanisch oder Französisch. Wem das nicht reicht, der kann Förderkurse im Rahmen des Ganztags belegen. Die freiwilligen Angebote werden laut Sprachlernberaterin Angelika Förster „gern angenommen“.

DaZ-Unterricht, 6. Klasse, in der Gretel Bergmann Schule. Mit spielerischen Methoden fördert das Kollegium das Deutschlernen.

Foto: Babette Brandenburg

Ohnehin biete der Ganztag mit seinem breiten Kursangebot „neben einem deutschsprachigen Umfeld gute Möglichkeiten, sich in die Schulgemeinschaft zu integrieren“, so Schulleiter Kruse. Hier sei Raum, sich mit „Dingen zu beschäftigen, die sie können und mögen – von Kochen über Musik bis Mannschaftssport“. Die Jugendlichen schlössen Freundschaften und „empfinden sich schnell als Teil der Schule“. Identifikation und soziales Wohlbefinden sind für Kruse eine wichtige Voraussetzung, um Lernfortschritte zu erzielen. In anderen Schulen wird dies nicht so hoch bewertet: So kam die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Sonderauswertung der PISA-Ergebnisse – im Oktober veröffentlicht (s. E&W 11/2018) – zu dem Ergebnis, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger das Gefühl haben, in der Schule nicht dazuzugehören und über schulbezogene Ängste klagen.

Als Sohn türkischer Arbeitsmigranten weiß Lehrer Cüce aus eigener Erfahrung, welche Erwartungen auf den Kindern lasten. Häufig seien diese „hoffnungslos überzogen“.

Kontakt zu den Eltern

An der Gretel Bergmann Schule arbeiten 16 Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte. Diese, erzählt Cüce, hätten „durch Sprache, Aussehen, ähnliche Sozialisation und Erfahrungen einen einfacheren Zugang zu den Jugendlichen und ihren Eltern“. Er selbst hat zu Beginn der 5. Klasse seine Schülerinnen und Schüler zu Hause besucht und mit den Eltern am Wohnzimmertisch gesprochen. So habe sich ein guter Kontakt aufbauen können. Sein Kollege Ole Waldmann hat mit einer Arbeitsgruppe im Zuge der Schulentwicklung ein Konzept für „Lobanrufe“ erarbeitet, die er selbst schon lange praktiziert. „Ich rufe nicht an, um über eine schlechte Note zu sprechen – sondern über ein erfreuliches Ereignis“, berichtet der Pädagoge. Die Eltern fassten Vertrauen; so sei es einfacher, Informationen über das Kind auszutauschen. Auch auf Schulebene arbeite man an einem intensiveren Kontakt zu den Eltern, bestätigt der aktive Gewerkschafter. Um sprachliche Hürden abzubauen, werden seit vielen Jahren Dolmetscher zu Lernentwicklungs- und Elterngesprächen hinzugezogen. Kürzlich fand zum ersten Mal ein Teil des Elternabends jahrgangsübergreifend in sechs Sprachen statt.

„Letztlich läuft hier alles über Beziehungsarbeit“, stellt Waldmann fest. Jedoch würden „Hausbesuche, Lobanrufe oder telefonische Erreichbarkeit kaum im Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte abgebildet und deshalb meist zusätzlich geleistet“, kritisiert er. Schulleiter Kruse bereitet eine weitere Entwicklung Kopfzerbrechen. Er beobachtet, dass die Zahl der Kinder aus belasteten Familien steige und die Ganztagsschule „zunehmend die Probleme und Erziehungsaufgaben im Stadtteil“ übernehme. Deshalb hat er alle Institutionen und Organisationen zu einer Bildungskonferenz eingeladen, um über ein Stützsystem für die Schule zu beraten – unabhängig von den langjährigen engen Kooperationen mit Sportvereinen und Jugendeinrichtungen. Im Gegenzug öffne sich die Schule in den Stadtteil und werde „ein Ort der Gemeinwesenarbeit“, so Kruse.

Die Gretel Bergmann Schule zeigt, dass eine engagierte Schulgemeinschaft Heranwachsenden aus zugewanderten Familien zu Bildungserfolgen verhelfen kann. Fast jeder Zweite schließt die Schule mit dem Abitur ab – obwohl keiner eine Gymnasialempfehlung hatte. Doch Schulen können die Integration nicht allein stemmen – sie sind auf Unterstützung durch die Politik angewiesen. „Wir brauchen deutlich kleinere Lerngruppen und mehr Zeit für zusätzliche, kommunikative Aufgaben“, fordert GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann. Als ebenso wichtig bewertet sie den Ausbau eines internen und externen Hilfesystems durch Schulpsychologen, Jugendhilfe und andere Fach- und Beratungsstellen: „Viele Schulen fühlen sich angesichts der Mammutaufgabe Zuwanderung von der Politik allein gelassen.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Name geändert**
****Nationaler Bildungsbericht 2018: bit.ly/dipf-bildung-2018**

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✔ **Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich**
- ✔ **Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar**
- ✔ **Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen**

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de

Stiftung Warentest
Finanztest
SEHR GUT (1,5)
Berufsunfähigkeitsversicherung der DBV mit Dienstunfähigkeitsschutz für Beamte (SBU ALVSDV 12.16)
Im Test: 74 Berufsunfähigkeitsversicherungen
Ausgabe 7/2017
www.test.de
17GR10

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Giuseppe Tartaro, Lehrer an der Frankfurter Ernst-Reuter-Gesamtschule II, selbst Kind von Einwanderern, hat viel Verständnis für die Sprachprobleme seiner Schülerinnen und Schüler. Aber er redet auch Klartext: „Ihr wollt Deutsch lernen? Dann müsst ihr mehr dafür tun."

Foto: Christoph Boeckheler

Mehr als nur Deutsch lernen

// Sollen neu zugewanderte Kinder in separaten Klassen oder im Regelunterricht Deutsch lernen? Für beide Modelle gibt es gute Argumente. Die meisten Bundesländer verbinden beides miteinander. //

Die Schülerinnen und Schüler der Intensivklasse haben eine Woche lang auf ihren Lehrer verzichten müssen. Giuseppe Tartaro, Pädagoge an der Ernst-Reuter-Gesamtschule II in Frankfurt am Main, war mit anderen Kindern auf Klassenfahrt. Jetzt, in der ersten Stunde nach seiner Reise, gibt es viel zu besprechen, auch Unangenehmes. Das letzte Diktat ist ziemlich schlecht ausgefallen. Tartaro ist selbst Kind von Einwanderern. Er hat Verständnis für die Sprachprobleme seiner Schüler. Trotzdem redet er jetzt Klartext: „Ihr wollt Deutsch lernen? Dann müsst ihr mehr dafür tun."

16 Kinder sitzen in Tartaros Intensivklasse, so nennt man in Hessen die Vorbereitungsklassen für neu Zugewanderte. Der Jüngste ist neun, der Älteste 15 Jahre alt. „Das ist eine große Herausforderung", sagt Tartaro, der eine Zusatzausbildung in „Deutsch als Zweitsprache" (DaZ) hat. Damit meint er nicht nur die Altersunterschiede, sondern auch das unterschiedliche Sprachniveau und die innere Differenzierung im Unterricht. „Ein Schüler aus Spanien hat gar keine Deutschkenntnisse, er kam erst vor drei Wochen", erzählt der 38-Jährige. Ein anderes Kind wurde in Frankfurt geboren, lebte dann einige Jahre im Herkunftsland der Eltern und kehrte schließlich zurück nach Hessen.

„Partielle Integration"

Vor ein bis zwei Jahren saßen in Tartaros Klasse vor allem Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Heute kommen die meisten Schülerinnen und Schüler aus Südosteuropa oder Asien. „Es gibt weniger Kinder, die durch die Flucht traumatisiert sind", sagt der Sport- und Italienischlehrer. Seine Aufgabe ist dennoch nicht leichter geworden. „Mein Ziel ist, dass die Kinder sich in die deutsche Gesellschaft integrieren können. Es geht

hier um sehr viel mehr als ‚nur' Deutsch lernen."

Maximal zwei Jahre können die Kinder und Jugendlichen in der Intensivklasse bleiben, bis sie in die Regelklasse wechseln. Vielen gelingt das aber schon früher. Die Ernst-Reuter-Schule arbeitet wie viele Schulen in Hessen mit einem teilintegrativen Modell, Tartaro nennt es „partielle Integration". Das heißt: Die Schüler bleiben zwar in der Intensivklasse, können aber in einzelnen Fächern in die Regelklasse wechseln.

Ein gutes Modell? Tartaro tut sich schwer mit einem klaren Ja oder Nein. Eigentlich präferiert er die direkte Integration in die Regelklasse, anstatt Kinder in Extraklassen zu separieren. Er weiß aber auch, dass ein Einheitsmodell für alle nicht wirkt, sondern die Zugewanderten individuell zugeschnittene Lösungen brauchen. Deshalb versucht seine Schule, möglichst flexibel zu reagieren.

Wie Hessen setzen auch die meisten anderen Bundesländer weder ausschließlich auf separate Sprachförderung, noch auf ein hundertprozentig inklusives Modell, bei dem deutschsprachige und zugewanderte Kinder von Anfang an gemeinsam lernen. Meistens findet sich eine Mischung schulorganisatorischer Modelle. Diese wiederum unterscheiden sich je nach Standort, Schulform und Alter der Kinder.

Zwar gibt es Bundesländer – etwa Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen –, die prinzipiell auf eine direkte Aufnahme neu zugewanderter Kinder in die Regelklassen setzen und dies mit zusätzlicher Sprachförderung begleiten. Was aber nicht heißt, dass es dort überhaupt keine separate Beschulung gibt. Für die meisten Bundesländer gilt: Je jünger Neuankömmlinge sind, desto eher lernen sie von Beginn an in der Regelklasse zusammen mit anderen. Bremen etwa arbeitet bei Grundschülerinnen und -schülern mit einem teilintegrativen Modell. Zugewanderte lernen in sogenannten Vorkursen – in der Regel sechs Monate – Deutsch, nehmen aber gleichzeitig an Regelangeboten teil.

In fast allen Ländern gibt es gerade im Primarbereich auch die direkte Integration einzelner Kinder in die Regelklasse. Häufig funktioniert die Methode des „Sprachbads" durch Mitschülerinnen und Mitschüler. Doch nicht immer steht hinter einer solchen Einzelintegration ein durchdachtes Konzept. Oft hat sie organisatorische Gründe, weil es zu wenige Kinder für eine eigene Intensivklasse gibt oder die nächste geeignete Schule zu weit weg ist. Baden-Württemberg geht hier einen anderen Weg und beschult Zugewanderte auch im Grundschulalter grundsätzlich in separaten Vorbereitungsklassen.

Vorteil des „Sprachbads"

Sprachwissenschaftler sehen separierende Modelle ganz ohne Kontakt zu Regelklassen eher skeptisch. Sie gehen davon aus, dass der tägliche Umgang mit deutschsprachigen Mitschülern viel bewirken kann – vorausgesetzt, die Kinder bekommen eine gute Begleitung. Das Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache an der Universität Köln befasst sich seit Jahren mit verschiedenen Konzepten. Im Frühjahr zogen die Experten bei einer Tagung eine Zwischenbilanz. Das Fazit des Institutsdirektors Michael Becker-Mrotzek: „Es hilft nicht, Kinder lange in Extraklassen zu lassen. Besser ist, sie zumindest teilweise in den Regelunterricht zu integrieren. Dann bekommen sie nämlich neuen Input durch ihre Mitschüler und den Fachunterricht." Ob der Wechsel in die Regelklasse gelingt, hängt nach Ansicht des Experten sowohl vom jeweiligen Konzept der Schule als auch von Personal-Ressourcen ab. Seine Kollegin Nora von Dewitz sieht das ähnlich. Da sie weiß, wie unterschiedlich Bundesländer, Schulträger und Schulen selbst die Sprachförderung handhaben, fällt es ihr schwer, ein bestimmtes Modell zu empfehlen. „Welche Förderung die beste ist, hängt immer von den Rahmenbedingungen vor Ort und vom jeweiligen Kind ab", sagt die Sprachwissenschaftlerin und nennt ein Beispiel: „Wenn die Lehrkräfte einer Regelklasse es nicht als ihre Aufgabe ansehen oder nicht dafür qualifiziert sind, sprachsensibel zu unterrichten und auf die Bedürfnisse neu Zugewanderter einzugehen, kann die Beschulung in einer separaten Klasse für einen begrenzten Zeitraum sinnvoller sein."

Viele Lehrerinnen und Lehrer wiederum fühlen sich mit der gewaltigen Doppelaufgabe von Sprachförderung und Integration allein gelassen. Sie wünschen sich mehr Unterstützung von Politik, Schulträgern und Wissenschaftlern. Sie suchen nach valider Orientierung bei der Entscheidung, wie sie Kinder am besten fördern und mit welchen Instrumenten.

Von Dewitz kennt das Problem. Die bisherigen Verfahren zur Sprachstandserhebung seien zu wenig auf die Zielgruppe der neu Angekommenen zugeschnitten, räumt die Expertin ein. „Es geht ja nicht nur darum, wie gut ein Kind alphabetisiert ist. Es geht auch um allgemeine schulische Vorerfahrung und Kenntnisse in bestimmten Fächern." Außerdem sei es mit einer einmaligen Erhebung zu Beginn nicht getan, sagt von Dewitz: „Wir brauchen eine fortlaufende Dokumentation der Sprachentwicklung, die Lehrerinnen und Lehrer bei ihren Entscheidungen unterstützen kann."

Tartaro, der Lehrer der Frankfurter Intensivklasse, will nicht so lange warten, bis Forscher beziehungsweise der Schulträger ihm solche Instrumente zur Verfügung stellen. Er arbeitet an einem eigenen Kriterienkatalog für den Wechsel in die Regelklasse, an dem sich dann auch andere Kolleginnen und Kollegen orientieren können. Denn zu oft, so seine Kritik, entscheide das „Bauchgefühl" darüber, ob und wann ein Kind in die Regelklasse wechselt. Für die Zukunft hofft Tartaro auf Unterstützung durch Sprachwissenschaftler und andere Fachleute: „Wir brauchen weitere Testverfahren für jedes Kind – aber das können wir Lehrer nicht zusätzlich leisten, das müssten wir den Experten überlassen."

Katja Irle,
freie Journalistin

„Neuzugewanderte und Bildung. Eine interdisziplinäre Perspektive auf Übergänge im deutschen Bildungssystem", hrsg. von Nora von Dewitz u. a., Beltz 2018

„Sprachliche Bildung und Zuwanderung: eine Zwischenbilanz", Mercator-Institut 2018: bit.ly/mercator-sprachbildung

Themenportal „Integration durch Bildung" mit einem Überblick über einzelne Bundesländer, Friedrich-Ebert-Stiftung: bit.ly/fes-bildung-integration

Durchgängige Förderung

// Wird die Bildungspolitik den vielfältigen Herausforderungen, die eine Migrationsgesellschaft an sie stellt, gerecht? Prof. Kai Maaz, Sprecher der Autorengruppe des Nationalen Bildungsberichts, ist skeptisch – auch wenn er einiges in Bewegung sieht. //

E&W: Nicht erst seit 2015 ist klar, dass Migration „eine multidimensionale Herausforderung" für das deutsche Bildungssystem ist, zugleich aber auch eine gewaltige Chance – wie Sie es unlängst wieder betonten. Sind Sie sicher, dass die Bildungspolitik das inzwischen erkannt hat – und Konsequenzen folgen?

Kai Maaz: Schwierige Frage. Ich sage dazu weder Ja noch Nein. Vieles ist in Bewegung geraten. Viel bewusster wird das inzwischen vor allem im Kita-Bereich angegangen. Und allen ist dabei klar, welche wichtige Rolle die frühe Aneignung sprachlicher Kompetenzen für den späteren Bildungserfolg spielt. Mittlerweile werden auch verschiedene Sprachprogramme in den 16 Bundesländern evaluiert und kritisch hinterfragt. Dabei ist eine neue Dynamik entstanden. Zum Beispiel weckt das Hamburger Modell* mit seinen frühen Sprachtests und anschließender Förderung Hoffnungen. Allerdings fehlt hier noch eine bundesweite Koordinierung der Aktivitäten.

Foto: Tom Baerwald für DIPF

Prof. Kai Maaz, Bildungsforscher beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Sprecher der Autorengruppe des Nationalen Bildungsberichts von Bund und Ländern

E&W: Bildungserfolg und das Erlernen von Grundkompetenzen sind bei Migrantinnen und Migranten ähnlich wie bei jungen Deutschen extrem abhängig von ihrer sozialen Herkunft. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss steigt nach Jahren des Rückgangs wieder leicht an, ebenso die Zahl junger Menschen, die im nicht unumstrittenen Übergangssystem zur beruflichen Bildung landen.

Maaz: Für gelungene Integration gibt es keine Patentrezepte. Klar ist aber, dass sprachliche Kompetenzen eine Grundvoraussetzung sind. Je älter Kinder und Jugendliche sind, desto herausfordernder wird ihre Integration. Ein 18-Jähriger benötigt eine andere Unterstützung als ein sechsjähriges Kind. Eine frühe Diagnose, gefolgt von einer durchgängigen sprachlichen Förderung in allen Schulfächern sowie eine integrative Sprachförderung auch in der Berufsbildung wären für alle jungen Menschen wünschenswert – unabhängig von ihrer Herkunft. Es genügt nicht, wenn sich Auszubildende mit Migrationshintergrund mühelos auf Deutsch ein Brötchen kaufen oder mit deutschen Alterskollegen für das Wochenende verabreden können. Es braucht auch das Beherrschen der berufsspezifischen Fachsprache.

E&W: Dazu gehört aber auch mehr pädagogisches Personal, zudem mit Kompetenz in der Vermittlung der deutschen Sprache. Also mehr Erzieherinnen und Erzieher, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Schulsozialarbeit. Woher sollen diese Fachkräfte so schnell herkommen?

Maaz: Wir haben unabhängig von den schon zuvor zugewanderten jungen Menschen und der aktuell großen Zahl der Schutz- und Asylsuchenden einen Mehrbedarf an Lehrkräften – das „sonstige" pädagogische Personal ist hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Das muss zum einen Auswirkungen auf das Lehramtsstudium an den Hochschulen haben. Zugleich brauchen wir kreative Ideen für das Gewinnen von pädagogischem Personal – auch jenseits der klassischen Ausbildungswege, bei gleichzeitiger Qualitätssicherung. Ohne Seiteneinsteiger wird das nicht gehen. Wichtig ist deren Vorbereitung auf den Einsatz und ihre begleitende Weiterqualifizierung. Sinnvoll finde ich hier auch zivilgesellschaftliche Initiativen, zum Beispiel von Stiftungen, die junge Menschen mit Migrationshintergrund auf ihrem Weg in den pädagogischen Beruf unterstützen.

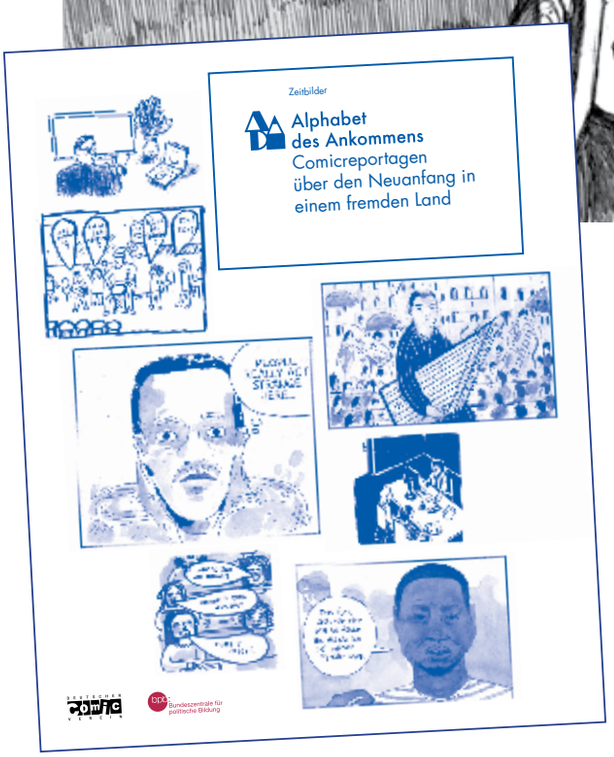
E&W: Sie haben unlängst gefordert, den Begriff der individuellen Förderung zu „entzaubern". Was meinen Sie damit?

Maaz: Ich finde individuelle Förderung sehr wichtig. In Diskussionen wird der Ausdruck aber leider nur als Worthülse benutzt. Zum einen müssen wir die Lehrkräfte dazu auch in die Lage versetzen, also ihnen Zeit geben, sich um den Lernerfolg des jeweiligen Kindes individuell zu kümmern. Zum anderen darf man der Öffentlichkeit beziehungsweise den Eltern nicht suggerieren, dass sich damit alle Probleme auf einmal lösen ließen. Wir brauchen eine flächendeckende Umsetzung eines individuell fördernden Unterrichts. Wichtig ist dabei, zunächst Rückstände in den Basiskompetenzen zu kompensieren. Ziel muss es aber sein, alle Kinder auf mehr als nur das Grundniveau zu bringen.

Interview: Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

***Das Hamburger Modell bündelt Maßnahmen der Sprachförderung sowohl für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als auch für gleichaltrige deutschstämmige Mädchen und Jungen mit Schwierigkeiten in der Sprachentwicklung – von der Kita bis zur Berufsbildung. Die frühe Diagnostik ist systematisiert, eine höhere Verbindlichkeit und Berichtspflicht von Schulen und Behörden vorgeschrieben.**

Anzeige



Alphabet des Ankommens Comicreportagen über den Neuanfang in einem fremden Land

Zwölf Reportagen von Journalistinnen und Journalisten und Zeichnerinnen und Zeichnern aus zehn verschiedenen Ländern
208 Seiten · Bestell-Nr. 3984 · 4,50 Euro

www.bpb.de/abc-ankommen

Weitere Informationen zum Projekt und Arbeitsblätter für den Unterricht: www.bpb.de/alphabet-des-ankommens

Weitere Informationen und Unterrichtsmaterialien zum Themenfeld Flucht und Migration unter: www.bpb.de/flucht

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Wer die Förderklasse des Gertrud-Bäumer-Berufskollegs (GBBK) in Duisburg erfolgreich durchlaufen hat, wechselt in den Regelunterricht. Doch dann gibt es neue Hürden.

Fotos: Bert Butzke

Jede Stunde 20 neue Begriffe

// Damit sie an berufsbildenden Schulen nicht scheitern, brauchen junge Geflüchtete viel Unterstützung. Von sprachsensiblem Fachunterricht profitieren auch alle anderen Schülerinnen und Schüler. //

Mit ihrem Selbstporträt ist sie nicht zufrieden. „Die Nase ist ein bisschen dick“, findet Esranur aus der Türkei. Die 16-Jährige greift zum Radiergummi. Ihr Mitschüler Osasere aus Nigeria übt derweil perspektivisches Zeichnen: dicke Blockbuchstaben, die das Wort Jesus ergeben. „Ich bin ein Christ“, erklärt er. Und was „Vogelperspektive“ bedeutet, weiß Osasere inzwischen auch.

Kunstunterricht in der „Internationalen Förderklasse“ am Gertrud-Bäumer-Berufskolleg (GBBK) in Duisburg. An einem langen Tisch sitzen 14 Schülerinnen und Schüler aus zugewanderten Familien, deren Deutsch für den Regelunterricht nicht ausreicht. Warum Kunst, wenn es um das Deutschlernen geht? Ganz einfach. Lehrerin Angela Ronge vermittelt darin auch Vokabeln wie „Bleistift“, „Porträt“ oder „Horizontlinie“. Zugleich üben die jungen Einwanderer die Alltagssprache – untereinander. „Als Brücke zwischen ihnen gibt es nur Deutsch“, sagt die 29-jährige Lehrerin.

Wer die Förderklasse erfolgreich durchlaufen hat, wechselt in den Regelunterricht.

Hürden in Fachtexten

Viele Schülerinnen und Schüler stehen dann vor neuen Hürden: Jedes Fach, ob duale Ausbildung, Berufsfach- oder Fachoberschule, hat ein eigenes Vokabular. „In Biologie werden pro Unterrichtsstunde 20 neue Begriffe vermittelt“, erklärt Erik Schneider, Lehrer für Deutsch und Biologie am GBBK. „Wer nur 2 Prozent davon nicht kennt, hat Schwierigkeiten, einen Fachtext zu verstehen“, so der 52-Jährige. Erforderlich sei „sprachsensibler Fachunterricht“. Schneider berät Schulen im Regierungsbezirk Düsseldorf, wie dieser Unterricht aussehen sollte.

Darum kümmert sich auch Jan Boland von der Landesweiten Koordinierungsstelle (LaKI) in Dortmund, die die 54 Kommunalen Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen (NRW) berät und begleitet. Lehrkräfte sollten überlegen, wo in Fachtexten sprachliche Hürden sind und verschachtelte Sätze oder komplizierte Formulierungen gestrichen werden könnten, sagt er. Außerdem rät Boland, selbst Berufsschullehrer, Kollegien an berufsbildenden Schulen, „sprachsensible“ Arbeitsblätter zu erstellen. Auch Vokabellisten seien nützlich, betont der 37-Jährige: Davon profitierten nicht nur Zugewanderte. Denn auch viele Jugendliche ohne Migrationshintergrund verstünden Fachtexte nicht: „Sprachsensibler Unterricht tut allen gut.“ Allerdings hätten viele Fachlehrkräfte Vorbehalte, räumt Boland ein – nach dem Motto: „Geh mir weg mit

Sprache.“ Dann sei Überzeugungsarbeit zu leisten. „Unterrichtsmaterial kann mit wenigen Handgriffen sprachsensibel weiterentwickelt werden“, betont er. Es gehe auch um Haltungsfragen: „Bin ich bereit, meine Lehre so zu gestalten?“ Sprachsensibler Unterricht sei zwar an der Mehrzahl der berufsbildenden Schulen in NRW ein Thema. Doch es brauche Zeit, „um dessen Vorteile hervorzuheben“.

Ein Drittel in Ausbildung

Auf die „enorme Bedeutung kontinuierlicher Sprachförderung“ verweist auch eine Studie, die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Auftrag gegeben haben.* BIBB und BA wollten 2016 wissen: Was wurde aus jenen Jugendlichen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die bei der BA als Bewerber für eine duale, eine schulische Ausbildung oder eine Weiterbildung gemeldet waren? Ergebnis: Immerhin 31 Prozent der jungen Geflüchteten hatten eine duale Ausbildung begonnen. Und welche Faktoren führen dazu, dass der Einstieg in die berufliche Ausbildung gelingt? Zu nennen sind laut BIBB und BA „insbesondere praktische Erfahrungen im Betrieb“, etwa durch Praktika; außerdem die „individuelle Betreuung durch Mentoren bzw. Mentorinnen“. Keine Rolle spielten hingegen berufliche Erfahrungen aus dem Herkunftsland. Und: Auch jene, die einen Ausbildungsplatz gefunden hatten, äußerten „großen Unterstützungsbedarf“.

In Duisburg treffen wir Mohammad. 2015 floh er von Syrien nach Deutschland, am GBBK wurde er der Internationalen Förderklasse zugeteilt. „Dort habe ich Umgangssprache gelernt“, erzählt der 20-Jährige. 2017 absolvierte er ein Jahrespraktikum in einer Klinik, drei Tage pro Woche. Dort stand Mohammad vor neuen Sprachbarrieren. „Blutdruck, Blutzucker oder Pflaster – davon hatte ich noch nie gehört.“ Er war gezwungen, schnell zu lernen. „Wenn ich zu den Patienten gehe, muss ich mit ihnen sprechen.“ Heute besucht Mohammad die Abschlussklasse der Fachoberschule, Schwerpunkt Gesundheit. Sein ehrgeiziges Ziel: „Ich will Medizin studieren.“

Schülerin Esranur im Kunstunterricht der internationalen Förderklasse am GBBK. Warum Kunst, wenn es ums Deutschlernen geht? Weil nicht nur Vokabeln wie „Bleistift“ gelernt werden, sondern auch Alltagssprache geübt wird.

Lehrer und Sprachexperte Schneider nennt weitere Faktoren, damit Geflüchtete am Berufskolleg klarkommen. Wichtig sei, dass das häusliche Umfeld stimmt. Wer in einer Sammelunterkunft leben muss, habe keine Möglichkeiten, sich zurückzuziehen: „Zum Lernen brauche ich Ruhe.“

Welche Rahmenbedingungen sind nötig, damit Zugewanderte eine berufliche Ausbildung erfolgreich durchlaufen können? Damit befasste sich auch die GEW bei ihrem Gewerkschaftstag 2017 in Freiburg im Breisgau.** Von „zentraler Bedeutung“ seien die berufsbildenden Schulen. Auch die Bildungsgewerkschaft macht sich für eine „sprachsensible Gestaltung der Abschlussprüfungen“ sowie entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte stark. Zudem müsse die maximale Klassengröße in der Ausbildungsvorbereitung bei zwölf Schülerinnen und Schülern liegen, und es brauche viele Betriebspraktika. Ebenfalls wichtig für den Bildungserfolg: ein gesicherter Aufenthaltsstatus „bis zum Abschluss einer Berufsausbildung und anschließender mindestens dreijähriger Berufsausübung“.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***Stephanie Matthes, Verena Eberhard u. a.: „Junge Geflüchtete auf dem Weg in Ausbildung. Ergebnisse der BA/BIBB-Migrationsstudie 2016“, Bonn 2018. Download: bit.ly/bibb-migrationsstudie2016**

****Beschluss 3.7 des 28. GEW-Gewerkschaftstages: „Bildung in der Migrationsgesellschaft – Forderungen zum Bereich berufliche Bildung und berufsbildende Schulen“: www.gew.de/beschluss-3-7-pdf**

Konzepte und Materialien von Josef Leisen, Professor für Didaktik der Physik, Uni Mainz (em.): www.sprachsensiblerfachunterricht.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Integration führt zu Konflikten ...

Prof. Aladin El-Mafaalani lehrte Politische Soziologie an der FH Münster. Heute ist er Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Integrationsministerium.

Foto: Lutz Jäkel/laif

// ... und das ist gut so. Sagt der Soziologe Aladin El-Mafaalani. Er stellt fest: „Es läuft viel besser als früher." //

E&W: Sie haben ein Buch* über gelungene Integration veröffentlicht; nun heißt es, das sei ein „Gute-Laune-Buch", das glücklich macht. Überrascht Sie das?

Aladin El-Mafaalani: Ich habe nichts dagegen, als Optimist zu gelten. Allerdings: Noch 2013 stand ich mit derselben These als Pessimist da. Damals stand unsere Regierung mit Menschen wie Angela Merkel (CDU), Philipp Rösler oder Guido Westerwelle (beide FDP) für Vielfalt; die USA hatten den ersten schwarzen Präsidenten. Mit der Erzählung, dass gelingende Integration auch zu Konflikten führt, ließ sich niemand locken. In Zeiten von AfD, Trump und Brexit und zum Teil panischer Reaktionen ist das anders. Wahr bleibt: Die Teilhabechancen von Migrantinnen und Migranten waren nie höher. Die Bildungsabschlüsse verbessern sich, ebenso die Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Das belegen alle Daten.

E&W: Gleichzeitig zeigen Studien, dass im Zweifel nicht „Mehmet", sondern „Christian" den Ausbildungsplatz oder die Wohnung bekommt. Auch der Hashtag #metwo im Sommer sprach Bände.

El-Mafaalani: Es gibt immer noch Unterschiede sowie Defizite bei der Integration. Das sehe ich. Aber ich wehre mich gegen die Behauptung, alles sei schlechter geworden. Das ist es nicht – und jeder, der an die 1970er-Jahre zurückdenkt, sieht das. Und was #metwo angeht: Dort diskutieren ja gerade die Integrierten, die sich in führende Positionen vorgearbeitet haben.

E&W: Insgesamt attestieren Sie der Integrationspolitik eine „Drei plus". Da ist Luft nach oben.

El-Mafaalani: Aber es ist viel besser als die Wahrnehmung – die liegt häufig bei „Sechs". Viele halten mich für verrückt, wenn ich sage: „Die Integration läuft besser als früher."

E&W: Warum unterscheidet sich der allgemeine Eindruck von Ihrem?

El-Mafaalani: Weil nicht erkannt wird, dass mehr Teilhabe in aller Regel zu Konflikten führt: Wo Integration gelingt, wird mehr ausgehandelt und damit auch mehr gestritten. Es sitzen mehr Menschen am Tisch. Dadurch wird es nicht ruhiger.

E&W: Weil der Verteilungskampf härter wird?

El-Mafaalani: Das könnte man so beschreiben – wobei es nicht nur um Ressourcen geht, sondern auch um Mitbestimmung, um Deutungshoheiten. Im Grunde ist das ein Klassiker; der Philosoph Georg Simmel wusste das, ebenso der Soziologe Max Weber. Wir allerdings beschreiben nicht einmal die Konfliktlinien richtig. Die verlaufen nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.

E&W: Sondern?

El-Mafaalani: Zwischen jenen, die die offene Gesellschaft erhalten oder ausbauen, und denen, die sie schließen wollen. Das ist der Kernkonflikt. Und man muss unterscheiden zwischen der Öffnung nach innen und nach außen ...

E&W: Mit „außen" ist Zuwanderung gemeint?

El-Mafaalani: Ja. Die Öffnung nach innen wiederum hat mit Integration zu tun, aber nicht nur der Migranten. Es geht auch um Teilhabe und Integration von Frauen, der LGBTI**-Community, von Menschen mit Beeinträchtigungen, verschiedener Hautfarbe und Religion. Die Frage, wie viele Rechte jenen zugestanden werden, die lange benachteiligt waren, zieht sich mitten durch die Gesellschaft – sogar durch die Parteien, mit Ausnahme der Grünen und der AfD. Erstere stehen für Öffnung, letztere für Schließung. Interessanterweise gewinnen nur die Parteien mit einer klaren Position an Wählerstimmen.

E&W: Was steht also an?

El-Mafaalani: Statt nur über jene an den Rändern zu diskutieren, wäre es gut, die politische Verunsicherung in der Mitte zu bearbeiten. Dazu muss erkannt werden, dass Konflikte ein normales Re-

sultat von etwas sind, das politisch gewollt ist: die offene Gesellschaft. Konflikte sollten nicht nivelliert und harmonisiert werden, sondern ausgetragen. Sie sind nichts Schlimmes, sondern etwas Positives; sie können zu Fortschritt und Innovation führen. Wenn das in einem vernünftigen Diskurs gelingt, werden sich auch die Ränder beruhigen.

E&W: Braucht es andere Formen des Dialogs? Es wird ja kaum konstruktiv verhandelt.

El-Mafaalani: Ja, statt einer Streitkultur haben wir eher eine Anschreikultur. Insofern wären andere Prozesse wichtig. Doch auch um die kann man sich erst kümmern, wenn man das Problem verstanden hat.

E&W: Viele Konflikte entzünden sich an Stellen, die – tatsächlich oder vermeintlich – mit dem Islam zu tun haben.

El-Mafaalani: Global betrachtet entzünden sie sich an Minderheiten, die vor Ort von Bedeutung sind: in den USA an sogenannten Latinos, in Großbritannien, siehe Brexit, an Menschen aus Osteuropa, in Deutschland an Muslimen.

E&W: Nun fordern auch manche Mitglieder der muslimischen Community eine innerislamische Wertedebatte, auch eine Abkehr von einem patriarchalen Gesellschaftsverständnis.

El-Mafaalani: Bereits das macht doch deutlich, dass es „den Islam" nicht gibt. Die sogenannte muslimische Community ist mehrfach gespalten: zwischen den Glaubensrichtungen einerseits und in ihrem Blick auf die Gesellschaft andererseits. Er reicht von sehr konservativ bis zu feministisch. In einer Ausrichtung, das ist auch richtig, sind Muslime anfällig für populistische Diskurse und machen gegen Verwestlichung mobil – ganz ähnlich übrigens, wie konservative Nichtmuslime vor Islamisierung warnen. Beides sind Positionen gegen eine offene Gesellschaft.

E&W: Worauf führen Sie zurück, dass die Tendenz, sich gegenüber dem Islam zu verschließen, zurzeit besonders ausgeprägt ist?

El-Mafaalani: Über muslimische Putzfrauen mit Kopftuch wurde schlicht nicht diskutiert, weil sie keinen schönen Platz am Tisch beanspruchten – anders als kopftuchtragende Richterinnen, Lehrerinnen oder Topmodels, die einflussreiche und selbstbewusste Frauen sind. Auch die Mitschülerin mit Kopftuch in meiner Grundschule war kein Thema – und zwar auch, weil die Lehrkräfte dachten: Die gehört nicht zu uns. Die gute Nachricht ist: Das ist heute anders. Die Frauen mit Kopftuch sind sozusagen am Tisch angekommen. Früher saßen sie auf dem Boden. Infolgedessen werden Diskussionen geführt, die wichtig sind: Wofür steht ein Kopftuch bei Frauen, bei Kindern?

E&W: Was hält eine Gesellschaft mit so vielen unterschiedlichen Menschen am Tisch zusammen?

El-Mafaalani: Die Antwort wird nicht jedem gefallen: Gerade die Konflikte verbinden uns.

E&W: Braucht die Gesellschaft nicht eine gemeinsame Wertebasis? Leitkultur ist ja so ein Reizwort.

El-Mafaalani: Ich habe gar nichts gegen den Begriff. Wenn man sich in einem gemeinsamen Reflexionsprozess darüber verständigt, was die Leitkultur in einer Einwanderungsgesellschaft sein soll, führt das zu Bildung im besten Wortsinn. Aber: Die beste Leitkultur ist eine Streitkultur. Und für diese muss man sich über die Form des Streits und das Streiten selbst verständigen.

Interview: Jeannette Goddar, freie Journalistin

***Aladin El-Mafaalani: „Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt"; Kiepenheuer & Witsch 2018**
****LGBTI – gemeint sind Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender.**

„600 Stunden sind zu wenig“

// Seit 2005 bekommen Zugewanderte in Integrationskursen Deutsch vermittelt und lernen die Gesellschaft kennen. Qualität wie Ausstattung der Kurse sind immer wieder in der Kritik. Für E&W berichten eine Lehrerin und ein Schüler über ihre Erfahrungen. //

Hedwig Schulte, 64, Integrationslehrerin, Düsseldorf

„Ich unterrichte seit 2006 in Integrationskursen. Damals kamen vor allem Russlanddeutsche und Polen. Inzwischen sind die Stunden mit 35 Euro – abzüglich Renten- und Krankenversicherung – im Vergleich zur Anfangszeit einigermaßen gut bezahlt. Trotzdem muss ich, um davon leben zu können, im Jahr 1.300 bis 1.700 Stunden geben, pro Woche meist 35 Stunden. Weil ich einen Kurs fünf Stunden am Stück unterrichte, ist die Vorbereitungszeit zum Glück nicht allzu zeitaufwendig.

Was mir fehlt? Ein regelmäßiger Austausch mit Kollegen und eine vernünftige Phonetikausbildung. Viele Kursteilnehmer können sich nur mühsam verständlich machen. Weil die Herkunftssprachen andere Laute verwenden, fällt es vielen zum Beispiel schwer, ein ‚langes A‘ zu bilden. ‚Straße‘ klingt dann wie ‚Strasse‘, aus ‚haben‘ wird ‚habben‘, oft sind die Menschen kaum zu verstehen. Das führt zu Frust. Es gibt für die Aussprache hervorragende Fortbildungen bei Schauspiellehrkräften oder Logopäden. Nur: Sie werden uns nicht bezahlt.

Insgesamt sind die Lehrbücher zu grammatiklastig. Viele finden das sogar gut, denn daran können sie sich festhalten. Doch dieser Zugang funktioniert nur für jene, die sich in ihrer Muttersprache schon mit der Sprachstruktur auseinandergesetzt haben. Das größte Problem: Vielen fällt es schwer, auf Menschen zuzugehen und einfach drauflos zu sprechen. Dazu braucht es eine innere Bereitschaft. Bei mir im Unterricht üben sie deshalb so häufig wie möglich Dialoge. Letztlich kommt es doch auf die Alltagsverständigung an. Ich bin nach einem Integrationskurs zufrieden, wenn die Teilnehmenden sorglos mit Einheimischen ins Gespräch kommen, vielleicht einen einfachen Job annehmen können und eine Perspektive sehen, irgendwann in ihrem Beruf zu arbeiten.“

Hedwig Schulte

Foto: Dirk Krüll

Matiullah Nasri

Foto: Kay Herschelmann

Matiullah Nasri, 24, Integrationskursschüler aus Kabul, Afghanistan, jetzt in Falkensee, Brandenburg

„Zwei Monate nach meiner Ankunft in Deutschland Ende 2015 musste ich ins Krankenhaus. Ich verstand die Ärzte nicht, sie verstanden mich nicht. Damals entschied ich: Du musst sofort Deutsch lernen. Mit YouTube-Videos ging das ganz gut. Wo immer möglich, sprach ich mit Leuten, irgendwie. Und freute mich, wenn sie mich korrigierten.

Bis zum Integrationskurs musste ich lange warten. Im Spätsommer 2016 bekam ich endlich meine Aufenthaltserlaubnis, Anfang 2017 ging es mit dem Kurs los. Ich konnte gleich bei A2 einsteigen und bekam den besten Lehrer der Welt. Wenn wir ein Wort nicht verstanden, erklärte Wilfred Dominic Josue es nicht einfach, sondern gab uns mindestens drei Beispiele. Und wir mussten so viel wie möglich sprechen; kleine Dialoge zu Themen wie einem Wochenendfest: ‚Hallo, mein Freund, was brauchen wir, wer kauft ein, wer zahlt‘ – und so weiter. Das hat mir mehr geholfen als Grammatik.

Wir bekamen auch jede Menge Hausaufgaben. Ein, zwei Stunden am Tag habe ich gelernt, dreimal die Woche gaben uns Ehrenamtliche im Wohnheim kostenlos Nachhilfe. Das hat super geholfen, weil ich dadurch alles besser verstanden habe. Trotzdem sind 600 Stunden bis zum B2-Zertifikat wirklich wenig.

Begeistert hat mich der Orientierungskurs. Geschichte habe ich schon in Afghanistan geliebt. Dass die Menschen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in so kurzer Zeit ihr zerstörtes Land wieder so reich machen konnten, finde ich unglaublich. Wir haben auch eine Fahrt nach Brüssel gemacht und viel über die Europäische Union erfahren.

Inzwischen kann ich mich ganz gut verständigen. Schwer fällt mir noch das Schriftliche. Zurzeit sitze ich im B2-Kurs. Da müssen wir Bewerbungen schreiben. Das ist schwierig. Mitte Dezember ist Prüfung. Danach möchte ich studieren und einen Sprachkurs C1 (fortgeschrittenes Sprachniveau – Anm. d. Red.) machen. Wenn ich einen Studienplatz bekomme, bietet die Uni dafür einen Vorbereitungskurs an.“

Aufgezeichnet von Anja Dilk,
freie Journalistin

Foto: privat

Treffen mit Lehrkräften im kurdischen Gebiet Nordsyriens: GEW-Aktive unterstützen den Aufbau von Schulen.

Schulen für Rojava

// Auf dem Weg zu einer Bildung auf Grundlage von Gleichwertigkeit: Eine GEW-Delegation hat Solidaritätsprojekte in der kurdischen Autonomieregion in Nordsyrien besucht. //

Ihr Kampf gilt als Symbol des Widerstands gegen die Terrormilizen des sogenannten Islamischen Staats (IS): Im Winter 2014/15 gelang es den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in monatelangen Kämpfen, ihre Heimatstadt Kobanê gegen die selbsternannten Gotteskrieger zu verteidigen. Eine GEW-Delegation, die im Mai die kurdische Autonomieregion, genannt Rojava (Westkurdistan), besuchte, stellte fest: Die Spuren des Krieges sind bis heute sichtbar. „Wir haben aber auch einen großen Aufbauwillen erlebt“, erzählt Margot Simoneit, eine Lehrerin aus Bayern, die mit den Oldenburger Lehrkräften Birgit Zwikirsch und Christian Katz in die Region reiste. Unterstützt wird der Wiederaufbau unter anderem von verschiedenen Solidaritätsgruppen der GEW. So haben Oldenburger Schülerinnen und Schüler durch einen Spendenlauf rund 50.000 Euro für die Renovierung von zwei Schulen in Kobanê und Girê Spî zusammenbekommen. Eine Solidaritätsgruppe aus dem bayrischen Maisach sammelt Spendengelder, um in Kobanê eine Berufsschule für bis zu 150 Mädchen zu errichten. Auf Einladung der örtlichen kommunalen Selbstverwaltung informierten sich die Delegationsmitglieder bei ihrem Besuch im Auftrag der Solidaritätsgruppen über die Umsetzung der Projekte. „Unsere Partner haben uns den Bauplatz für die Berufsschule gezeigt. Wenn wir genug Spenden zusammen haben, kann der Bau beginnen“, berichtet Simoneit. 100.000 Euro wurden in Maisach bereits gesammelt. Benötigt wird jedoch die doppelte Summe.

Nachdem die Truppen des syrischen Machthabers Baschar al-Assad sich 2012 aus den mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Gebieten im Norden Syriens zurückgezogen hatten, gründeten diese die drei autonomen Kantone Afrin, Kobanê und Cizre und bauten regionale Machtstrukturen auf. Mit einem „Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nordsyrien“ verabschiedeten sie sich vom Nationalstaatsprinzip; Ziel ist der Aufbau einer demokratischen und pluralistischen, Minderheiten- und Menschenrechte schützenden Gesellschaftsform. Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist verankert. Allerdings sind noch nicht alle ethnischen Spannungen in der Autonomieregion ausgeräumt, Teile der arabischen Bevölkerung stehen dem neuen System noch skeptisch gegenüber.

Im Gespräch mit Kollegen

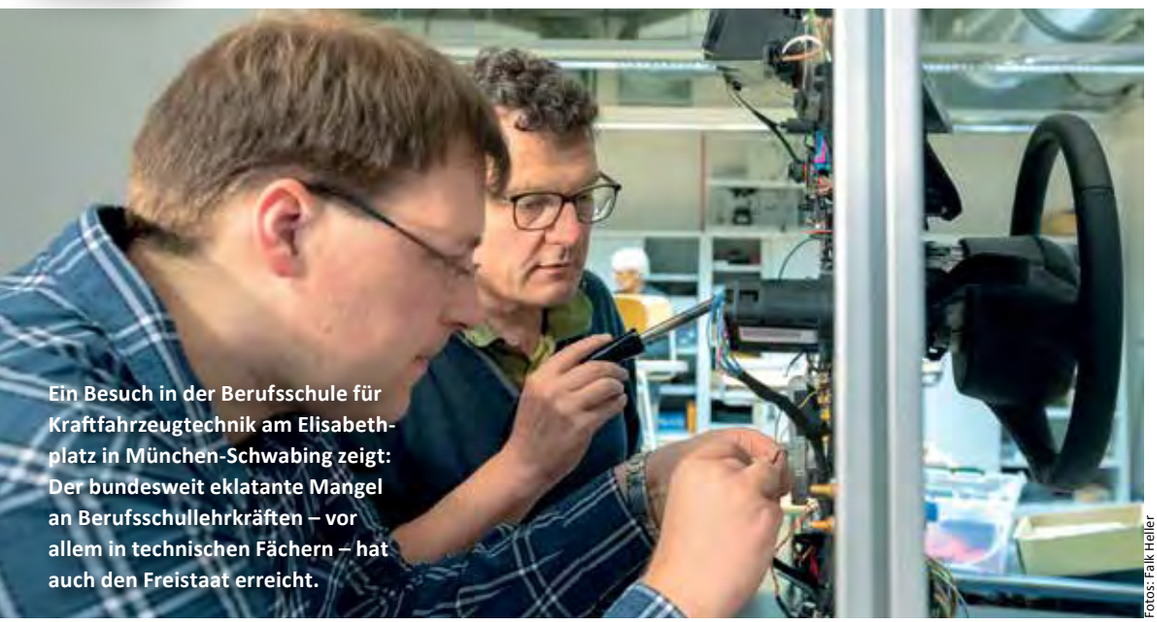
Die Delegationsmitglieder nahmen in den Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Selbstverwaltung und dem Vorsitzenden des Bildungsrats vor allem eine Aufbruchstimmung wahr. Beim Besuch der Oldenburger Partnerschulen bot sich Gelegenheit für ausführliche Gespräche mit den meist sehr jungen Lehrkräften. Besonders beeindruckt, erinnert sich Simoneit, hätten sie die „Anstrengungen, unter denen das neue Bildungswesen aufgebaut wird“ – und zwar nach Vorstellungen, „die sich meist mit unseren gewerkschaftlichen Haltungen zu Diversität und Antidiskriminierung decken“. Ihre Kollegin Zwikirsch ergänzt, dass Bildung „auf Grundlage von Gleichwertigkeit“ vermittelt werde, auch Demokratie- und Friedenserziehung würden als wichtige Aufgaben der Schule begriffen.

Die GEW-Delegation begrüßte zudem, dass nach Auskunft ihrer Gesprächspartner in Kobanê Schulgebühren abgeschafft und Lehrmittelfreiheit eingeführt worden seien. Zudem sei ein durchgängig mehrsprachiges Unterrichtsangebot entwickelt worden.

Die politische Lage in der Region bleibt allerdings angespannt: Bereits im Frühjahr hat das türkische Militär Afrin eingenommen; aktuell bereitet die Türkei laut Medienberichten eine weitere Offensive entlang der türkisch-syrischen Grenze vor. Gewerkschafterin Simoneit ist beunruhigt, sieht die Zukunft des Berufsschulprojekts aber nicht gefährdet. Im Gegenteil: „Das zeigt, wie wichtig unsere Solidarität ist.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Individuelle Förderung? Fehlanzeige!

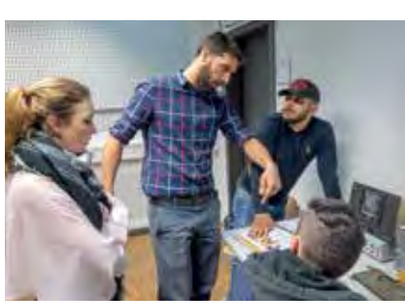


Ein Besuch in der Berufsschule für Kraftfahrzeugtechnik am Elisabethplatz in München-Schwabing zeigt: Der bundesweit eklatante Mangel an Berufsschullehrkräften – vor allem in technischen Fächern – hat auch den Freistaat erreicht.

Fotos: Falk Heller

„Der Arbeitsmarkt ist leergefegt", entgegnet Berufsschulleiter Josef Lammers auf die Behauptung, das „Thema Lehrermangel" sei in Bayern keines.

War für das Gymnasium ausgebildet und auf die etwas andere Welt der Berufsschule kaum vorbereitet: Deutschlehrerin Saskia Krämer.



Ingenieur Andreas Spring, der aus der Industrie kam, bewarb sich um ein Referendariat in München. An der Schwabinger Berufsschule für Kfz-Technik wurde er „mit Kusshand" genommen.

Monika Brand zum Wechsel vom Gymnasium zur Berufsschule: „Was am Gymnasium bereits als raues Klima gelten mag, ist hier vielleicht die friedlichste Stunde der Woche."

// Auch wenn das Kultusministerium das anders sieht: Der Fachkräftemangel hat Bayern längst erreicht. Und damit ein Bundesland, in dem viele bildungspolitische Reformen noch kaum angekommen sind. //

Noch vor zwei Jahren stand Saskia Krämer acht Stunden in der Woche in einer Münchner Gymnasialklasse; im Deutsch-, Sozialkunde- und Geschichtsunterricht. Doch nach ihrem Referendariat fand sie keine Stelle am Gymnasium. Stattdessen arbeitete sie sich an einer Schule ein, an der 2.000 Jugendliche sowie junge Männer und Frauen im Blockunterricht den schulischen Teil ihrer Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker oder Eisenbahner absolvieren: an der Städtischen Berufsschule für Kraftfahrzeugtechnik am Elisabethplatz. Hier, in München-Schwabing, unterrichtet Krämer neben Geschichte zwar die gleichen Fächer wie im Referendariat – aber in einer völlig anderen Schulform, mit ganz anderen Inhalten und auf anderem Niveau.

Wurde sie darauf vorbereitet? Nun ja, sagt sie, und man hält das zunächst für einen Scherz, zum Glück hätten die neuen Schülerinnen und Schüler an der Berufsschule eine Einführungswoche: „So musste ich die ersten Tage nicht allein vor der Klasse stehen." Nach dieser Woche nahm sie den Unterricht auf, mit vollem Deputat, 24 Stunden in der Woche. Was es pädagogisch, didaktisch und fachlich braucht, eignete sie sich notgedrungen in der Praxis an. Und? „Der Deutschunterricht hier ist ein ganz anderer, weil mehr Jugendliche Förderung benötigen. Auch in Sozialkunde stehen ganz andere Themen auf dem Programm. Arbeitnehmerrechte spielen etwa eine große Rolle: Es gibt Azubis, die werden schon im ersten Lehrjahr ausgebeutet."

Es ist eine bunte Truppe, die Schulleiter Josef Lammers, selbst Berufsschulleh-

„Schöngerechnet“

Anton Salzbrunn

Wir verwenden viel Energie darauf, überhaupt an belastbare Zahlen zu kommen. Von selbst liefert das Kultusministerium diese, wenn überhaupt, dann nur mit Verzögerung. Der beste Weg ist häufig, auf Parlamentarische Anfragen der Opposition zu hoffen. So wenig Transparenz ist wenig vorausschauend; wer Kapazitäten angemessen erhöhen will, muss die Realität kennen. Stattdessen wird die Lage schöngerechnet: etwa mit einem angeblichen Unterrichtsausfall von unter 2 Prozent. Das ist so, weil erstens bei der Bildungsqualität Abstriche gemacht werden und zweitens der Personalmangel auf dem Rücken der verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen wird. An Förderschulen zum Beispiel liegt der Unterrichtsausfall immer bei 0 Prozent: Wo normalerweise zwei Lehrkräfte in der Klasse sind, bleibt in der Regel eine übrig. Und als Ausfall gilt nur, wenn Schülerinnen und Schüler das Gebäude verlassen müssen.“

Anton Salzbrunn,
Vorsitzender der GEW Bayern

rer par excellence – gelernter Schlosser sowie Lehrer für Metalltechnik und Mathe – für den Besuch der E&W zusammengetrommelt hat: Außer Krämer sitzen ein promovierter Elektrotechniker und ein Kfz-Meister im Raum. Andreas Spring, der Ingenieur, der die Arbeit in der Industrie wegen der permanenten Überlastung fürchterlich fand, bewarb sich auf eine Anzeige des Kultusministeriums und kam, wie er sagt, „mit Kusshand sofort ins Referendariat“. Kfz-Meister Felix Huber hat vor wenigen Wochen als sogenannter „Fachlehreranwärter“ begonnen; das Schuljahr 2019/20 wird er am Staatsinstitut für Fachlehrerausbildung in Ansbach verbringen. Bis dahin unterrichtet er zunächst befristet – vor dem Hintergrund, dass auch sein Meistertitel zur Ausbildung berechtigt.

Der Besuch in der Berufsschule für Kraftfahrzeugtechnik macht deutlich: Der bundesweit eklatante Mangel vor allem in technischen Berufsschulfächern hat auch Bayern und den Fachkräftemagneten München mit Wucht erreicht. Das steht in deutlichem Gegensatz dazu, dass Schulminister Bernd Sibler (CSU), der im November von Michael Piazolo (Freie Wähler) abgelöst wurde, auch zum diesjährigen Schuljahresbeginn wieder vor der Presse verkündete: „Das Thema Lehrermangel können wir in Bayern nicht teilen.“

Berufsschulleiter Lammers kann darüber nur den Kopf schütteln. „Der Arbeitsmarkt ist leergefegt“, erklärt er, „immer wieder fällt Unterricht aus, wir müssen uns Fragen stellen wie: Verzichten wir auf Deutsch, Sport oder Sozialkunde?“ Insofern sei es sogar gut, dass mit Krämer jetzt eine Lehrerin an Bord ist, die ihr Augenmerk ausschließlich auf Fächer legt, die für die Schüler wie für die Zivilgesellschaft wichtig sind, aber an einer technisch orientierten Schule schnell hinten runterfallen. Gut wäre allerdings mehr Zeit für die Begleitung der neuen Kolleginnen und Kollegen, ergänzt Lehrerin Monika Brand: „Was am Gymnasium bereits als raues Klima gelten mag, ist hier vielleicht die friedlichste Stunde der Woche. Und so mancher wünscht sich mehr Zeit zur Einarbeitung.“

Schulleiter Lammers treibt noch etwas anderes um: Eine Kollegin wie Krämer wird von staatlicher Seite nur so lange wertgeschätzt, bis ein „echter“ Berufsschullehrer zur Verfügung steht. Und egal, wie unwahrscheinlich das ist – schon jede vierte der 80 Lehrkräfte an seiner Schule ist entweder für eine andere Schulform ausgebildet oder quer eingestiegen: Die Deutsch- und Sozialkundelehrerin ist nun schon zum zweiten Mal nur für das laufende Schuljahr angestellt. So entstehe ein Flickenteppich von Beschäftigungsverhältnissen: „von Beamten über Angestellte – bis hin zu prekär Beschäftigten.“ Da für eine volle Unterrichtsversorgung immer noch Personal fehlt, finden an der Schule zudem längst nicht alle vorgesehenen Teilungsstunden statt. „Für die praktischen Übungen ist das unglücklich“, erklärt Spring, „für 30 Schüler sind die Räume zu klein und die Messgeräte zu wenige.“ Und wie zum Beweis steht er beim anschließenden Rundgang durch die Schule plötzlich einer Schülergruppe gegenüber, die nicht weiß, wo sie hin soll: Es ist zwar Teilungsstunde, aber der einzige für sie zur Verfügung

Bayern in Zahlen

- Bayern ist das einzige Bundesland, in dem sich die Schülerinnen und Schüler fast zu je einem Drittel auf die weiterführenden Schulen verteilen: 2016/17 verließen 41.455 die Mittelschule, 39.244 die Realschule und 42.380 das Gymnasium.
- Nach Angaben des Kultusministeriums sind 92 Prozent der Lehrkräfte verbeamtet, 3 Prozent unbefristet und rund 5 Prozent befristet angestellt.
- Laut Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) müssten 2019 mindestens 5.230 ausgebildete Lehrkräfte eingestellt werden. Zur Verfügung stehen aber nur 4.890 Absolventinnen und Absolventen. Diese Lücke wird bis 2025 auf 2.560 ansteigen.
- Laut Berechnungen des Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm hat sich die Inklusionsquote in Bayern zwischen 2008/09 und 2015/16 von 16,1 auf 27,3 Prozent erhöht. Niedriger ist der Inklusionsanteil nur in Hessen.
- Laut einer weiteren Klemm-Studie ist Bayern bei Ganztagsschulen, die nur von 16 Prozent der Schüler besucht werden, bundesweit Schlusslicht.
- Aktuell absolvieren rund 1.440 Gymnasial- und Realschullehrkräfte eine Zweitqualifizierung. 840 arbeiten bereits an Grund- und Mittelschulen. J. G.

„Froh, wenn den Kindern nichts passiert“

Cornelia Rosenlehner ist Mitglied des Personalrats im Kita-Bereich des Referats Bildung und Sport in München.

Foto: Falk Heller

Cornelia Rosenlehner

E&W: Woran mangelt es in Kitas am meisten?

Cornelia Rosenlehner: An Personal. Gebaut wird allerorten. So manche Einrichtung kann gar nicht eröffnen, weil es die Fachkräfte nicht gibt.

E&W: Hat das damit zu tun, dass Bayern in Sachen Kinderbetreuung traditionell eher im Rückstand ist?

Rosenlehner: Nur zum Teil. München wächst jedes Jahr um 20.000 bis 30.000 Menschen, also im Grunde um eine Kleinstadt. Der öffentliche Dienst kommt nicht hinterher. Trotzdem garantieren die politisch Verantwortlichen ganztägige Öffnungszeiten, weil sich das im Wahlkampf gut macht. Ausgetragen wird das auf dem Rücken der Beschäftigten. Die rechnerische Erzieher-Kind-Relation – die besagt, um wie viele Kinder sich eine Erzieherin oder ein Erzieher kümmern muss – liegt laut Bayerischem Kinderbetreuungsgesetz bei 1:11. Dieser im Vergleich zu anderen Bundesländern ohnehin hohe Schlüssel gilt für einen Zustand, in dem niemand im Urlaub oder krank ist – was so gut wie nie vorkommt. In der Praxis liegt er häufig bei 1:17 oder 1:18.

E&W: Wozu führt das?

Rosenlehner: Zuvorderst dazu, dass der Bildungsauftrag hinten runterfällt; meist ist das Personal schon froh, wenn Kindern nichts passiert. Dass Erzieherinnen in der Krippe mit zwölf und in der Kita mit 25 Kindern allein sind, ist eher Regel als Ausnahme.

E&W: Wie könnte die Lage verbessert werden?

Rosenlehner: Wir brauchen Bedingungen, die überhaupt möglich machen, in dem Berufsfeld zu bleiben. Vollzeit in der Kita heißt 39 Stunden am Kind, ohne eine einzige Stunde für Vor- und Nachbereitung. Die Fluktuation ist immens; ebenso ist üblich, dass Erzieherinnen Teilzeit arbeiten und sich zusätzlich einen 450-Euro-Job suchen, anstatt von früh bis spät in den Gruppen zu stehen. Auch die Ausbildungskapazitäten müssten erhöht werden. Allerdings bringt das nur etwas, wenn die Ausgebildeten im Beruf ankommen, im Moment ist das häufig nicht der Fall. Solange sich an diesen Bedingungen nichts ändert, ist mein Plädoyer: Wir können nur Öffnungszeiten anbieten, die im Einklang mit einer qualitativ hochwertigen Bildung und Betreuung stehen – und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen der Beschäftigten wahren.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

stehende Kollege kann sich nicht zweiteilen.

Das Herumknapsen an allen Ecken und Enden bei gleichzeitigem Beharren darauf, dass Bayern das republikweite Problem Lehrkräftemangel nicht kenne, ist nach Ansicht von Lammers Gewerkschaft seit Jahren Strategie: Fast mantramäßig erklärt die GEW Bayern, in der Schule müsse es um mehr gehen als um die schlichte Anwesenheit eines Verantwortlichen: „Qualitätsvolle Bildung ist nicht nur Unterrichtsversorgung“, erklärte Ruth Brenner, Vorsitzende der Fachgruppe Grund-, Mittel- und Förderschulen in der GEW Bayern während einer Pressekonferenz im September mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe. Ansätze individueller Förderung – ob in AGs, Neigungs- oder Differenzierungsstunden – fänden wegen Personalmangels viel zu häufig nicht statt. „Die Flickschusterei muss ein Ende haben“, forderte Brenner. Das gilt insbesondere, weil viele bildungspolitische Modernisierungen – hin zu mehr Ganztag, mehr Inklusion, mehr heterogenen Lerngruppen – in Bayern noch kaum angekommen sind: In München steht mit der Willy-Brandt-Gesamtschule die einzige Schule des 13-Millionen-Einwohner-Landes, in der Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. Im Ganztag liegt Bayern auf dem letzten, bei der Inklusionsquote auf dem vorletzten Platz. Zur bayerischen Realität gehört auch, dass es an manchen Schulformen zu viele und an anderen zu wenige Lehrkräfte gibt – was auch damit zu tun haben dürfte, dass die Bedingungen ganz andere sind. Lehrkräfte für Grund-, Mittel- und Realschule absolvieren mit einer Regelstudienzeit von sieben Semestern zwei weniger als jene für Gymnasium, Berufsschule oder Sonderpädagogik. Besoldungstechnisch werden Grundschul- und Mittelschullehrkräfte in A12 oder E11, alle anderen in A13/E13 eingestuft. Die Folge: An den Gymnasien sind die Wartelisten voll, der Mangel an Grund- und Mittelschulen ist immens. „Im Schnitt fehlt an jeder Schule eine Lehrkraft; besonders schlecht ist die Lage am Untermain, dort wo Bayern an Hessen grenzt“, erklärt Martin Heilig. Der in Würzburg ansässige GEW-Bezirksvorsitzende Unterfranken verweist darauf, dass Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen mit 28 Unterrichtsstunden ein Drittel mehr arbeiten müssen als ihre Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen – für 500 Euro weniger. „Auf Dauer“, so Heilig, „werden wir uns das nicht leisten können.“

Für die Grundschule immerhin stehen seit November 700 zusätzliche Studienplätze zur Verfügung. Bisher hatte das Kultusministerium lediglich mit einer „Zweitqualifizierung“ versucht, Realschul- und Gymnasiallehrkräfte gleichsam in die Grund- und Mittelschulen umzuleiten. Was die „Qualifizierung“ angeht, verbirgt sich dahinter ein schmales Programm: Die Teilnehmenden starten sofort mit nahezu vollem Deputat (minus eine Stunde) in den Unterricht – auch als Klassenleitung. Nebenbei werden sie in zwei Veranstaltungen und an fünf Nachmittagen fortgebildet. Brenner: „So überlastet man engagierte Kolleginnen und Kollegen.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Vormittags wie nachmittags

// Auch in Bayern fehlt es in der Bildung an vielem (s. S. 22 ff.). Bei der „GEW in Bildung unterwegs“-Tour der Vorsitzenden Marlis Tepe wird aber auch deutlich: Mit politischem Willen entstehen gute Modelle. //

Es gibt Schlagworte, die dürfen in keiner Bildungsdebatte fehlen. „Ganztag“ ist so eines – das so tut, als ob sich ein längerer Schultag ganz automatisch positiv auswirke, auf mangelnde Chancengerechtigkeit zum Beispiel. Wie erratisch mit dem Ganztag umgegangen wird, wurde zuletzt deutlich, als der Sprecher der für den Nationalen Bildungsbericht zuständigen Autorengruppe Prof. Kai Maaz (s. S. 9 f.) bei dessen Vorstellung mahnte, die Politik solle sich entscheiden, was mit der Ganztagsschule erreicht werden solle: „Betreuung oder sozialer Ausgleich? Auf diese Frage gibt es keine Antwort.“

An der Adam-Kraft-Realschule in der Nürnberger Südstadt, die Marlis Tepe Ende September besuchte, hat man sich entschieden: Statt um Betreuung geht es um rhythmisiertes Lernen für alle, in einer gebundenen Ganztagsschule – in Bayern eine noch größere Ausnahme als in anderen Bundesländern. „Hier gibt es keinen Unterschied zwischen vormittags und nachmittags, und auch nicht zwischen mehr und weniger wichtigen Fächern“, erklärt Schulleiterin Margit Vestner-Prölß beim Rundgang mit der GEW-Vorsitzenden. Tepes „GEW in Bildung unterwegs“-Reise führte sie hier einmal nicht in die große Masse von Schulen, in die jene, die über Bildung entscheiden, ihre Kinder häufig gar nicht schicken – sondern in ein Best-Practice-Modell.

Die Realschule hat vieles, was man sich in der Breite wünschen würde: einen dreistöckigen lichten Anbau zum Beispiel,

Foto: Falk Heller

Mit einer Stippvisite in der Adam-Kraft-Realschule in Nürnberg – einem Best-Practice-Modell – beendete GEW-Chefin Marlis Tepe ihre Länderrundreise. Der lichte Anbau bietet Raum für vieles: Mensa, Lerninseln, eine Aula für die Big Band.

mit dessen Hilfe Platz geschaffen wurde für all das, was eine vielseitige Schule braucht: etwa eine Mensa, eine geräumige Bibliothek nebst Lese- und Computerraum, Differenzierungsräume und ein Raum für die Lerncoaches. Erlaubt hat die Schulleitung nach intensiver Lektüre der Brandschutzbestimmungen sogar Lerninseln auf dem breiten Flur. Für die Big Band – die Schule hat ein musikalisches Profil – gibt es die Aula, zum Klettern, Judo und Tennis Hallen und Plätze in der Nähe. Da ist es kein Wunder, dass der Schülersprecher Eren seine Schule „uneingeschränkt“ weiterempfiehlt. Warum? „Man lernt mehr – auch, seine Zeit besser einzuschätzen.“

Die Stadt als Partnerin

Dass eine solche Schule gelang, ist nicht zuletzt dem Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) zu verdanken – bei dem sich bei einem Gespräch mit Tepe im Rathaus herausstellt, dass er genau weiß, was er für Schulen in der Stadt hat und wo die Probleme liegen. Die Adam-Kraft-Realschule ist eine kommunale Schule – eine Konstruktion, die es außer in Bayern nur in Bremerhaven gibt und die auf der Negativseite aus GEW-Sicht tariflich auch zu unerfreulichen Regelungslücken führt. Hier hat sie ganz offenbar den Vorteil, dass die Stadt sich als flexible Partnerin erwiesen und für eine entsprechende Ausstattung gesorgt hat.

Personaltechnisch kann die Schule diese gar nicht genau beziffern. Klar wird aber: Mit den acht Personalstunden zusätzlich, die der Freistaat pro Klasse und Woche im Ganztag finanziert, ist es nicht getan. „Um den Anforderungen gerecht zu werden, müssten diese verdoppelt werden“, erklärt Martina Borgendale, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende und Lehrerin an der Kraft-Realschule.

GEW-Chefin Tepe – die allerdings auch bedauerte, dass es nicht glückte, vor Ort mit Personalräten zu sprechen – machte an dem Nürnberger Beispiel deutlich, worum es bei dem für 2025 geplanten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in den Grundschulen gehen muss: eine ausreichende Ausstattung mit – vertraglich abgesichertem – Personal, das entsprechend qualifiziert ist. Und um den Raum als „dritten Pädagogen“, zu dessen Schaffung die „Beteiligung der Lehrkräfte am Bau und Umbau von Gebäuden“ gehöre. An die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und Bund appellierte sie, sich angemessen, also bereits jetzt, vorzubereiten: „Sieben Jahre Zeit hat man in der Politik sehr selten. Diese gilt es zu nutzen.“ Und: „Mit Pilotschulen ist es nicht getan. Wir brauchen gute Bedingungen in der Breite.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Stiefkind der Bildungspolitik

// Der Hamburger Ex-Landesschulrat Peter Daschner und andere Experten haben den Stand der Lehrkräftefortbildung im Rahmen eines Projekts des Deutschen Vereins zur Förderung der Lehrerfortbildung untersucht. Das ernüchternde Ergebnis: Zwischen ihrer Bedeutung und der tatsächlichen Umsetzung in den Ländern klafft eine große Lücke. //

Peter Daschner war Landesschulrat in Hamburg und Direktor des dortigen Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung.

Foto: Uwe Hameyer

E&W: Herr Daschner, in allen Bundesländern sind Lehrkräfte qua Gesetz verpflichtet, sich fortzubilden. Ihre Recherche zeigt aber, dass der Stellenwert der Fortbildung in der Praxis gering ist. Wie kommt es zu diesem Widerspruch?

Peter Daschner: Das müsste man die Kultusminister fragen. Wir haben zwar festgestellt, dass die Fortbildungspflicht nicht nur in allen Schulgesetzen verankert ist, sondern die Qualifizierung im Beruf in vielen Erlassen als bedeutsam hervorgehoben wird. Dennoch wissen wir nicht, ob es passiert, denn es wird weder quantifiziert noch kontrolliert.

E&W: Warum sind Fortbildungen so wichtig?

Daschner: Sie sind essenziell für die Verbesserung von Unterricht und Schule. Es gibt Belege dafür, dass der Unterrichtserfolg bei gut qualifizierten Lehrkräften drei- bis viermal höher ist als bei schlechter qualifizierten. Und eine lernende Schule gibt es nur, wenn auch das Kollegium lernt. Deshalb war es richtig, die Fortbildungsverpflichtung in den Schulgesetzen zu verankern. Allerdings bleibt weiterhin meist Privatsache, ob und wie Lehrkräfte diese Pflicht wahrnehmen.

E&W: Man kann ja auch sagen: Schön, dass die Länder den Lehrerinnen und Lehrern vertrauen. Die werden sich schon weiterbilden.

Daschner: Es gibt sogar eine hohe Fortbildungsbereitschaft. Wir wissen aus mehreren Untersuchungen, dass diese größer ist als das Angebot in manchen Bereichen. Die GEW hat kürzlich eine Mitgliederbefragung veröffentlicht, laut der zum Beispiel 85 Prozent der Befragten eine umfassende Fortbildung für die digitale Schule fordern (s. E&W 11/2018).

E&W: Also?

Daschner: Einer unserer Befunde ist, dass Fortbildung häufig keine effektive Form hat: Einzelne Kollegen aus unterschiedlichen Schulen gehen aus Interesse zu einem Kurs oder einer Tagung. Sicherlich gewinnen sie dabei etwas für sich. Doch für die Schule ist nichts gewonnen. Es finden kein Transfer und keine Wirkungsanalyse statt.

E&W: Es ist nicht nachhaltig.

Daschner: Genau. Ein Problem ist auch, dass keine systematische Erfassung des Fortbildungsbedarfs stattfindet. Es wäre wichtig, dass nicht der eine dies und der andere das macht, sondern dass die Kolleginnen und Kollegen gemeinsam die großen Themen bearbeiten, etwa: Wie gehen wir mit Zuwandererkindern um? Wie packen wir die Inklusion und die Digitalisierung an? Wie verhindern wir, dass 20 Prozent der Kinder am Ende der Grundschule nicht sinnentnehmend lesen können?

E&W: Laut Ihrer Studie haben nur drei Länder eine Fortbildungsverpflichtung konkretisiert: Bayern, Bremen und Hamburg. Was gab in Hamburg, wo Sie als Landesschulrat Verantwortung trugen, den Ausschlag für die Verpflichtung?

Daschner: Wir haben gesehen, dass das professionelle Weiterwachsen im Beruf sehr unterschiedlich praktiziert wird. Bei der Fortbildung gab es die Faustregel: Ein Drittel der Kolleginnen und Kollegen macht gut mit, ein Drittel hin und wieder, ein Drittel entzieht sich. Uns war klar, dass das so nicht bleiben kann, wenn man Schulentwicklung ernst nimmt. Deswegen wurden Fortbildungen verpflichtend gemacht – aber auch im Arbeitszeitmodell berücksichtigt. Dadurch wird Fortbildung nicht mehr als etwas Zusätzliches wahrgenommen, sondern gemeinsam geplant und ist Teil der Profession. Wenn man bei den Routinen und Haltungen der Einzelnen und des Kollegiums etwas bewirken will, muss man mehr in die Zeit und in die Formate investieren.

E&W: Welche Fortbildungen sind am wirksamsten?

Daschner: Wenn es um Kompetenzzuwachs geht, sind nicht Einzelveranstal-

tungen am wirkungsvollsten, sondern längerfristige Angebote mit Input-, Praxis- und Reflexionsphasen. Wichtig ist dabei auch der Austausch der Kollegen an einer Schule untereinander, und die Bereitschaft, sich gegenseitig Feedback zu geben.

E&W: Muss in Zeiten des Lehrkräftemangels die Qualifizierung der Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger Vorrang haben?

Daschner: Weil man versäumt hat, rechtzeitig für Lehrernachwuchs zu sorgen, soll man etwas, was erwiesenermaßen wichtig ist, hintenanstellen? Das ist keine gute Idee. Die Absenkung der Finanzierung ist ja jetzt schon ein Problem. In der Zeit von 2002 bis 2015 sind die Ausgaben für Schulen im Bundesdurchschnitt insgesamt um 36 Prozent gestiegen, die für Fortbildungen um 10 Prozent gesunken.

E&W: Das bedeutet für die Weiterbildung in den Ländern?

Daschner: Die Länder – außer Bayern – geben keine Zahlen heraus. Aber aus Angaben des Statistischen Bundesamtes schließen wir, dass die Länder – und zwar in großer Streuung – pro Kopf etwa 174 Euro jährlich für die Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern ausgeben. Zum Vergleich: Die Betriebe investieren zwischen 400 und 700 Euro pro Kopf in Weiterbildung.

E&W: 2019 soll der Digitalpakt starten. Aufgabe der Länder wird sein, die Lehrkräfte entsprechend fortzubilden. Sind die Länder darauf vorbereitet?

Daschner: Ich glaube, sie fangen gerade an. Es gibt Fortbildung im Digitalen, aber nicht in dem Maße, wie man es braucht. Wir haben alle Studien durchforstet: Es gibt häufig keine Passung zwischen dem, was die Lehrerinnen und Lehrer wollen, und dem, was sie geboten bekommen, weil der Bedarf nicht systematisch erhoben wird. Es geht ja nicht nur um technische Fragen, sondern vor allem um Pädagogik. Es fehlt auch hier an passenden Angeboten in effektiven Formaten mit Wirkung in die einzelnen Schulen hinein.

E&W: Die GEW und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) haben im September ja unter anderem mehr Geld für Fortbildung sowie Transparenz und gemeinsame Standards gefordert. Fühlen Sie sich bestätigt?

Daschner: Es freut mich, dass die Gewerkschaften sich unsere Forderungen zu eigen machen. Jetzt wünsche ich mir, dass sich die GEW künftig bei der Lehrkräftebildung auch für die Fortbildung stark macht und klare Ansprüche bei der Kultusministerkonferenz und den Ländern anmeldet.

Interview: Anna Lehmann, taz-Redakteurin

Peter Daschner (Hg.): „Lehrkräftefortbildung in Deutschland – Recherchen für eine Bestandsaufnahme". Download: www.lehrerinnenfortbildung.de
In erweiterter Form bei Beltz Juventa (im Druck)

didacta
die Bildungsmesse

Köln, 19. – 23.02.2019

Tickets online kaufen und sparen:
www.didacta-messe.de/tickets

Informieren Sie sich auf Europas größter Bildungsmesse über die wichtigsten Aspekte des lebenslangen Lernens und die Auswirkungen der Digitalisierung auf das Bildungssystem.

- Frühe Bildung
- Schule/Hochschule
- Berufliche Bildung/Qualifizierung
- didacta DIGITAL

BILDUNGS-
UPDATE

www.didacta-messe.de

koelnmesse

Wann, wenn nicht jetzt?

// Der Rechtsruck in der Gesellschaft verstärkt den Ruf nach politischer Bildung. Doch die Realität an Schulen sieht trist aus. Wie lässt sich das ändern? Eine Tagung in Hofgeismar regte unter anderem ein neues Hauptfach an. //

Foto: Karl Brunnengräber

„Fernsehschauen muss ein junger Mensch nicht. Aber in die Schule müssen alle", so ZDF-Moderatorin Ilka Brecht. Insofern hätten Lehrkräfte bessere Chancen, Jugendliche zu erreichen, als politische Formate im Fernsehen.

Rechtspopulismus ist auf dem Vormarsch, Behauptungen ersetzen Fakten, der Ton in Debatten nimmt an Schärfe zu. Auf der Tagung „Wann, wenn nicht jetzt?" im nordhessischen Hofgeismar waren sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Oktober einig: Die politische Bildung muss gestärkt werden. Ihre zentralen Forderungen: mehr Stunden im Lehrplan, mehr Fachlehrkräfte, mehr Weiterbildung, mehr Vernetzung. Politische Bildung könne einen Beitrag leisten, undemokratischen Entwicklungen entgegenzuwirken, sagte Bernd Overwien, Professor für Politikdidaktik an der Universität Kassel. Solange die Bedingungen für den Unterricht schlecht seien, könne sie allerdings „ihre volle Wirkung in der Schule nicht entfalten".

Dass Lehrkräfte gute Chancen haben, junge Menschen zu erreichen, machte ein Vortrag der ZDF-Moderatorin Ilka Brecht deutlich. Auch öffentlich-rechtliche Medien hätten den Auftrag, politische Bildung zu vermitteln und Orientierungshilfe „in einer immer komplexeren und zunehmend polarisierten Welt" anzubieten. Allerdings hätten es politische Formate im klassischen Fernsehen bei jungen Menschen schwer, berichtete die Redaktionsleiterin von „Frontal 21". ARD und ZDF kämen beim jüngeren Publikum auf eine Quote von gerade mal 6,1 Prozent: „Wir schaffen es nicht, genug Aufmerksamkeit der jungen Zielgruppe auf uns zu lenken."

Da habe Schule einen großen Vorteil: „Fernsehschauen muss ein junger Mensch nicht. Aber in die Schule müssen alle", so Brecht. Im Netz nähmen Jugendliche meist nur Bruchstücke an Informationen auf, ein Klick auf einen Link – und schon seien sie wieder weg. Lehrkräfte hingegen hätten die Möglichkeit, kontinuierlich mit Schülerinnen und Schülern an einem Thema zu arbeiten, mit ihnen über Demokratie, Extremismus oder Europa zu diskutieren. „Das ist toll", sagte die Journalistin. Zumal junge Menschen viel Vertrauen in Lehrkräfte hätten, diese kämen in dieser Hinsicht nach den Eltern an zweiter Stelle. „Aus diesem Vertrauen erwächst Verantwortung", so Brecht.

Trend zur Randerscheinung

Allerdings machte die Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar in Kooperation mit dem Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung an der Universität Kassel auch deutlich: Im Schulalltag hat es politische Bildung schwer. Häufig unterrichteten Lehrkräfte das Fach, die dafür nicht ausgebildet seien, kritisierte Overwien. Zahlen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen zeigten, dass vor allem an Haupt- und Realschulen teilweise bis zu 80 Prozent des Unterrichts fachfremd erteilt werden. Außerdem kritisierten die Veranstalter, dass Sozialkunde ebenso wie Geschichte und Erdkunde in den Stundentafeln fast überall auf eine „Randerscheinung" reduziert würden. In Grundschulen spiele politische Bildung so gut wie gar keine Rolle; in weiterführenden Schulen würden die Fächer in der Regel in Einzelstunden unterrichtet, häufig nicht einmal in allen Jahrgängen der Sekundarstufe I.

Dabei ist die Wirkung politischer Bildung belegt: Der Erziehungswissenschaftler Hermann Josef Abs verwies auf die weltweite ICCS-Studie (International Civic and Citizenship Education Study, s. E&W 4/2018), laut der sich 14-Jährige mit mehr Wissen eher zutrauten, politisch und sozial Einfluss zu nehmen. Zudem gehe

politisches Fachwissen einher mit einer stärkeren Unterstützung von Toleranz und Gleichberechtigung. Wer mündige Bürger haben wolle, fügte Abs hinzu, müsse allerdings auch in nichtgymnasialen Lehrplänen festschreiben, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Alle Schülerinnen und Schüler müssten, und zwar am besten von Beginn an, gleichermaßen dazu befähigt werden, am politischen Leben teilzuhaben.

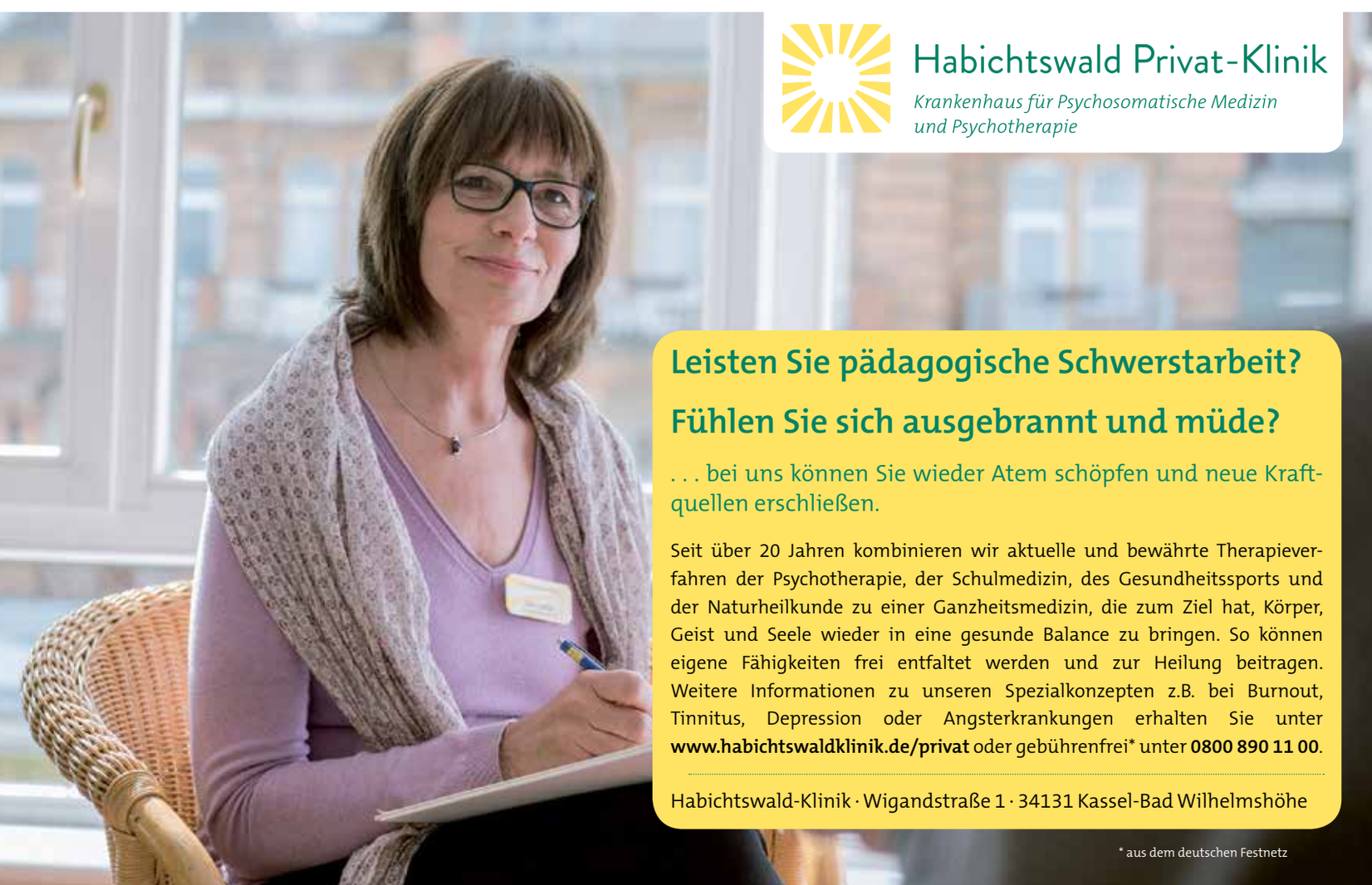
Demokratie lernen

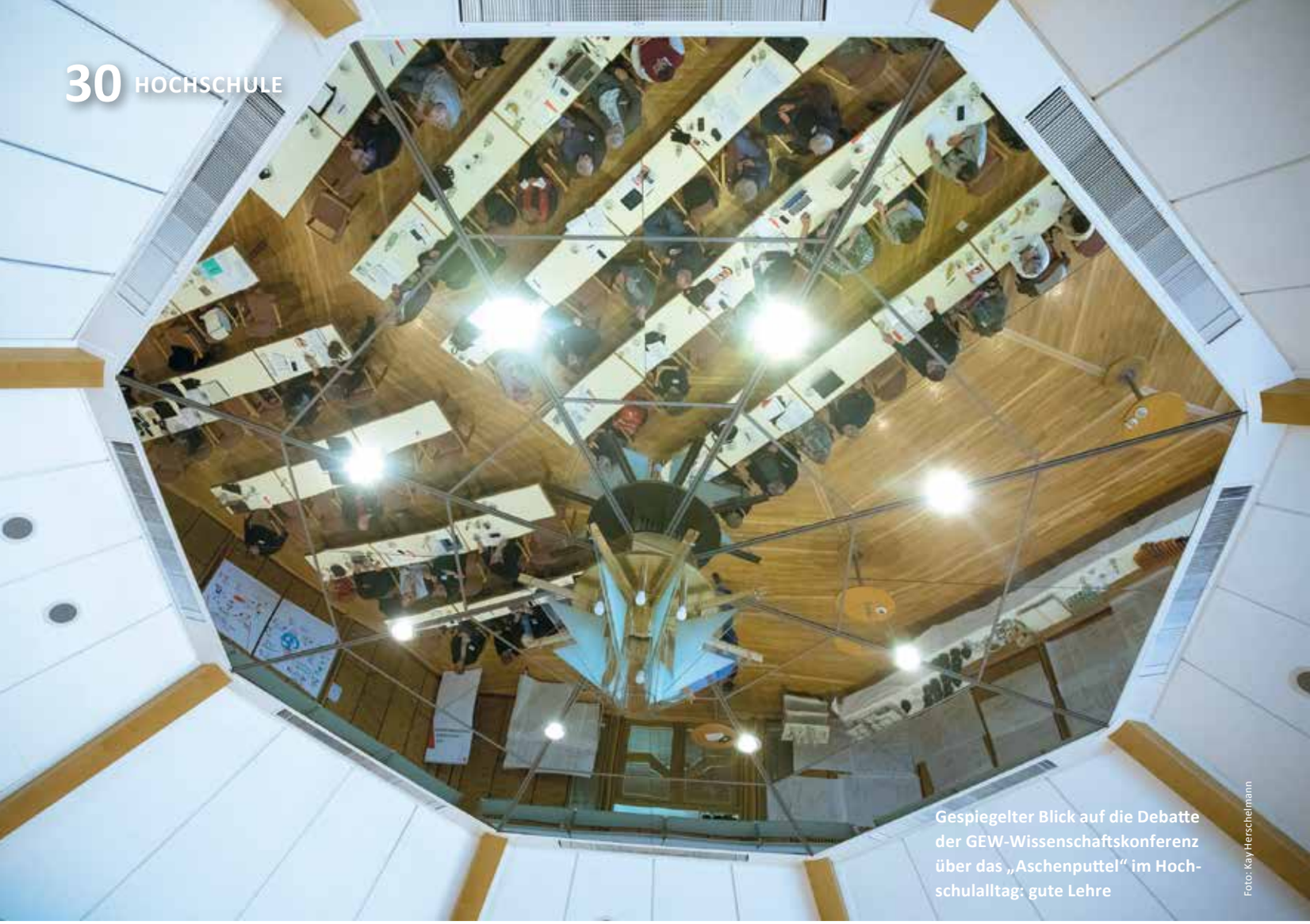
Die Politikwissenschaftlerin Simone Abendschön zeigte anhand einer Studie, dass schon Grundschüler über politisches Verständnis und Wissen verfügen. „Grundschulen spielen eine wichtige Rolle, auch wenn es vielen nicht so bewusst ist.“ Die Professorin verwies auf das Zitat des Soziologen Oskar Negt, demzufolge Demokratie die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss.

Die Tagung beschäftigte sich auch mit der Frage, wie politische Bildung gestärkt werden kann. Eine Forderung lautete, Politik, Wirtschaft, Geschichte und Geografie in einem Integrationsfach zu unterrichten. Der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Sander führte aus, dass es diesen Trend bereits gebe. Allerdings habe sich in den Ländern ein „Wildwuchs“ entwickelt: „Es gibt weder eine gemeinsame Fachbezeichnung noch ein gemeinsames Konzept“, so Sander. Der Wissenschaftler verwies auf die Vorteile eines Integrationsfachs, in dem Themen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet würden. Zudem erhalte es als Hauptfach mehr Gewicht. Doch: „Ohne Reform der Lehrerbildung geht es nicht“, so Sander, der, weil sich die Inhalte über vier Fachgebiete erstreckten, eine „Ein-Fach-Lösung“ vorschlug. Ohne Kooperation in der Kultusministerkonferenz sei diese aber kaum machbar. Alles in allem: „Eine ziemlich große Baustelle.“ Deshalb forderte Sander als erste Schritte ernsthafte Anstrengungen zur Vernetzung, ein gemeinsames Fortbildungsangebot und eine engere Abstimmung bei den Lehrplänen. Sein Fazit: „Es muss etwas passieren, damit wir uns nicht ganz verirren.“

GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann betonte, dass es mit der Vermittlung von politischem Wissen allein nicht getan sei: Es müsse darum gehen, „Demokratie in der Schule erfahrbar zu machen“. Dafür sei erforderlich, die Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu stärken. Insbesondere gelte es, Schülerinnen und Schüler einzubeziehen, die Armut und Ausgrenzung erlebten; ebenso Kinder mit Behinderung oder Lernschwäche. Alle seien gefragt, miteinander das Gemeinwesen zu gestalten. „Wir brauchen junge Menschen, die Kompetenzen haben“, sagte Hoffmann, „und den Willen, die Gesellschaft mitzugestalten. Gerade jetzt, wo die Demokratie in Europa in Gefahr ist.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin





Gespiegelter Blick auf die Debatte der GEW-Wissenschaftskonferenz über das „Aschenputtel“ im Hochschulalltag: gute Lehre

Foto: Kay Herschelmann

Die reine Lehre

// Studieren ist beliebt wie nie. Doch die Finanzierung hält nicht Schritt mit dem Anstieg der Studierendenzahlen. „Lust oder Frust?“, fragt die GEW auf ihrer 10. Wissenschaftskonferenz und stellt die Qualität von Studium und Lehre auf den Prüfstand. //

Lara Schu studiert Informatik in Kaiserslautern, Yvonne Wehnli promoviert im Fach Heilpädagogik in Köln, Oliver Beerenbeck arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Astronomie und Physik in Potsdam. Was sie verbindet? Sie alle finden, dass die Lehre an den Hochschulen vernachlässigt wird und es mehr als nur des guten Willens der Lehrenden bedarf, sie aufzuwerten. Deshalb sind sie Ende September ins rheinland-pfälzische Budenheim gereist, hier hatte die GEW zur Wissenschaftskonferenz geladen. Von der Frage, was „gute Lehre“ bedeutet, über die finanziellen Rahmenbedingungen bis zur Akkreditierung von Studiengängen widmen sich die gut 110 Teilnehmenden, Referentinnen und Referenten vier Tage lang dem Aschenputtel im Hochschulalltag.

Dass die Lehre im Vergleich zur Forschung stiefmütterlich behandelt wird, ist unumstritten. Die Universitäten profilieren sich primär über ihre Forschungsleistungen. Für manche Professorin und manchen Professor sind Studium und Lehre nachrangig. Das erlebt Schu, die als Studentin hinzugezogen wird, wenn Studiengänge auf ihre Qualität hin begutachtet werden, immer wieder. Seit der Bologna-Reform gibt es die Akkreditierung von neuen Studiengängen. „Bei jeder Begehung ist mindestens ein Professor dabei, der die Kriterien für die Begutachtung nicht kennt“, berichtet Schu.

Während sie einerseits um Drittmittel und prestigeträchtige Forschungsprojekte wetteifern, müssen sich die Hochschulen auf der anderen Seite seit gut einem Jahrzehnt um viel mehr Studierende kümmern. Auch im Studienjahr 2018/19 strömt Prognosen zufolge wieder rund eine halbe Million Erstsemester an die Hochschulen – ein Ende des Runs auf die Unis ist nicht absehbar. Laut Andreas Keller, im Vorstand der GEW für Hochschule und Forschung verantwortlich, müsste man längst nicht mehr vom Studierendenberg, sondern vom Hochplateau sprechen.

Doch was ist „gute Lehre“? Eine, die viele Absolventinnen und Absolventen produziert? Eine, bei der Kompetenzvermittlung oder aber das kritische Denken im Vordergrund steht? Die den Studierenden viele Freiräume lässt oder ihnen feste Strukturen vorgibt? Darüber müssten sich die Hochschulen verstärkt Gedanken machen, findet der Wissenschaftsrat, der 2017 ein Papier mit Strategien für die Hochschullehre veröffent-

licht hat. Das Beratergremium sieht zwar überall erfreuliche Fortschritte, wenn es darum geht, die Lehrkultur zu stärken, findet aber zu wenig Struktur. Lehre müsse eine Gemeinschaftsaufgabe werden, die alle angeht, fordert der Rat.

Zeit und Geld sind knapp

Doch die Hochschulen arbeiten unter schwierigen Bedingungen – Zeit und Geld sind knapp. Ausgebildet und betreut werden die Studierenden hauptsächlich von – oft prekär beschäftigten – Dozentinnen und Dozenten. Das ergeben auch Zahlen, die Carsten Würmann vom Zentrum für Bildungsforschung der Universität Halle-Wittenberg zusammengetragen hat. Er durchforstete exemplarisch die Vorlesungsverzeichnisse von vier Hochschulen und kam zu dem Ergebnis: „Entscheidend für die Aufrechterhaltung der Lehre ist der Mittelbau.“ Nur an zehn von 44 untersuchten Fachbereichen erbrachten Professoren mehr als die Hälfte der Lehre. Die Daten stammen aus dem Jahr 2009, Tendenz laut Fachleuten eher fallend.

Nur jede zehnte Stelle im Mittelbau ist unbefristet. Oliver Henneberg, der in Potsdam eine der raren festen Mittelbaustellen innehat, meint: „50 Prozent der Stellen an Hochschulen sollten unbefristet sein.“ Ein Gutteil der Lehre wird zudem unentgeltlich geleistet, wie Würmanns Studie zeigt. Das erlebte auch die Heilpädagogin Wehnli, als sie noch in München promovierte. Schwarz auf weiß habe in ihren Verträgen gestanden, dass sie keine Lehre zu leisten habe. Trotzdem stand sie irgendwann vor Studierenden. „So läuft das eben: Wenn Not am Mann ist, springt jemand ein. Anders würde es gar nicht gehen“, erzählt Wehnli. Eigentlich mache es ihr richtig Spaß, den Studierenden etwas beizubringen, „es ist nur mega blöd, wenn das eigentlich nicht deine Aufgabe ist, sondern nur on Top und ehrenamtlich geleistet wird“.

Ob die Hochschulen weiterhin vor allem prekär Beschäftigte für die Lehre anheuern oder – wie es auch der Wissenschaftsrat fordert – Daueraufgaben künftig von dauerhaft Beschäftigten erledigt werden, hängt entscheidend davon ab, wie die Finanzierungsbasis künftig beschaffen ist. Ein wichtiges Element ist hier der Hochschulpakt. Von Bund und Ländern ursprünglich beschlossen, um den Anstieg der Studierendenzahlen kurzfristig abzufedern, verhandeln beide Seiten derzeit darüber, wie und zu welchen Konditionen sie den Hochschulen das Geld dauerhaft zukommen lassen können.

Die GEW fordert in ihrem Budenheimer Memorandum*, dass der neue Hochschulpakt nicht nur verstetigt wird, sondern auch dazu beiträgt, die Betreuungsrelationen spürbar zu verbessern. Mindestens eine Professorin oder ein Professor für 40 Studierende sei notwendig, so die Gewerkschaft. Das jedoch setzt entsprechend mehr festes Personal und mehr Geld voraus.

2020 läuft der Hochschulpakt aus – und langsam werden die Hochschulen nervös. Gerade Fachhochschulen sind auf das Geld angewiesen. Die Hochschule RheinMain etwa kümmert sich heute um 80 Prozent mehr Studierende als noch vor zehn Jahren. Ein Drittel des Budgets komme mittlerweile aus dem Hochschulpakt, erläutert Kanzlerin Ayse Asar auf der GEW-Konferenz. Und wenn der Pakt ausläuft? „Dann können wir dichtmachen“, meint Asar. Bestätigung kommt von Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main (s. E&W 2/2018): „Schluss mit der Projektitis, wir brauchen Dauermittel.“

Wenig Optimismus verbreitet Salvatore Barbaro (SPD), Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministerium: Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern verliefen schleppend. Und das Thema „Gute Arbeit“ sei noch gar nicht zur Sprache gekommen.

Anna Lehmann,
taz-Redakteurin

***www.gew.de/budenheimer-memorandum**

„Koala-Bären fressen die Blätter vom Apokalypsusbaum.“
- Schüler, Klasse 5

Liebe Lehrerinnen, liebe Lehrer - wir brauchen euch!

Kennen Sie auch witzige Schülerantworten? Lassen Sie uns mitlachen!

Was schreiben Ihre Schüler so? SPIEGEL ONLINE sucht lustige Stilblüten und absurde Ausreden von Schülern, die Ihnen die Tränen in die Augen getrieben haben. Oder hat jemand besonders dreist geschummelt? Schicken Sie Ihre besten Anekdoten an:

schuelerantworten@spiegel.de

Bei Abdruck Ihrer Anekdote erhalten Sie ein Buch gratis.

Mit einer Einsendung erklären Sie sich mit einer anonymen Veröffentlichung auf SPIEGEL ONLINE und sämtlichen anderen Medien der SPIEGEL-Gruppe einverstanden.

„Wir bekommen ein gravieren

„VHS? Um Gottes willen, nein“, sagen viele Uni-Absolventen. Verlieren die Volkshochschulen als Arbeitsplatz zunehmend an Attraktivität?

Foto: Alexander Paul Englert

// Integrationskurse, Alphabetisierung, Fortbildung, politische Bildung: Erwachsenenbildung leistet immer mehr. Wie lässt sich „Gute Arbeit in der Weiterbildung“ sicherstellen? Darüber diskutierten 80 Teilnehmende bei der GEW-Herbstakademie in Gießen. //

Arbeitgeber Volkshochschule: Er sehe „bedenkliche Tendenzen“, erklärte Bernd Käpplinger, Professor für Weiterbildung an der Universität Gießen. Dazu präsentierte er eine Stellenanzeige: Die Volkshochschule (VHS) einer Großstadt will eine leitende Stelle besetzen – und verlangt folgenden Katalog von Qualifikationen: Hochschulabschluss, Zusatzausbildung, „Erfahrungen in der Leitung von Gruppen“, „Kenntnisse des Projektmanagements“, „Grundkenntnisse in Kursdokumentation“ und vieles mehr. „Und wie wird die Stelle vergütet?“ Die VHS, so Käpplinger, biete Gehaltsgruppe E 9, also 2.400 bis 3.500 Euro brutto monatlich. Gelächter im Saal. Bei derartigen Bedingungen blieben Führungskräfte nicht lange. „Solche Stellen sind Durchlauferhitzer“, erklärte Käpplinger. „Wie kann da etwas aufgebaut werden?“ Also wenig Geld, häufig Honorarverträge, kaum soziale Absicherung? Die Weiterbildungsbranche generell als „Ort prekärer Beschäftigungsformen“ zu sehen, greife zu kurz, betonte der Gießener Hochschullehrer. Käpplinger zitierte Zahlen des „wb-personalmonitors“, die unter anderem von der Universität Duisburg-Essen zusammengetragen wurden. Demnach sind 27,3 Prozent der Beschäftigten entweder Angestellte, Beamte oder Inhaber von Weiterbildungseinrichtungen. 15,5 Prozent bestreiten als „hauptberuflich Selbstständige“ von dieser Tätigkeit ihren Lebensunterhalt. 28,5 Prozent sind nebenberufliche Weiterbildnerinnen oder -bildner mit einem anderen Brotberuf. 28,8 Prozent müssen von der Weiterbildung nicht leben – etwa weil der Lebenspartner, die -partnerin gut verdient, oder die Rente auskömmlich ist. Käpplinger erklärte zudem, dass längst nicht alle hauptberuflich Selbstständigen Geringverdiener sind. Immerhin 20,2 Prozent kommen auf über 3.250 Euro brutto im Monat. Allerdings: 30,7 Prozent verdienen maximal 850 Euro brutto monatlich. „Es gibt prekäre Teilsegmente“, fasste der Hochschullehrer zusammen (siehe E&W-Schwerpunkt 7–8/2018). Er betonte, dass die öffentlichen Ausgaben für Weiterbildung seit 1995 um 41 Prozent gesunken seien, ein Minus von 6,1 Milliarden Euro.

Generationenwechsel

Prof. Klaus Meisel, Leiter der VHS München, warnte: „Wir werden ein gravierendes Fachkräfteproblem in der Erwachsenenbildung bekommen!“ Er sprach vom „Generationenwechsel“, den die Volkshochschulen zu bewältigen hätten. Früher habe man arbeitslose Lehrkräfte als freiberufliche Dozentinnen und Dozenten gewinnen können. Heute herrsche „Vollbeschäftigung in vielen Bereichen“. Was tun? Um Selbstständigen den Einstieg schmackhaft zu machen, zahle die VHS München beispielsweise freiwillig Zuschüsse zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Doch auch Hauptberufliche zu finden, sei schwieriger geworden. „VHS? Um Gottes willen, nein“, sagten viele Uni-Absolventen. Um gegenzuhalten, biete die VHS München „Job-Rotation“ und „viele Teilzeitstellen“. Außerdem, so Meisel: „Wir fördern intensiv die Fortbildung.“ Doch ob das ausreicht? „Wir werden nicht umhinkommen, mehr Geld bereitzustellen.“

Die Weiterbildung habe „einen enormen gesamtgesellschaftlichen Bedeutungszuwachs“ erlebt, erklärte Prof. Dieter Nittel von der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dennoch gebe es nur „spärliche“ Fortschritte bei der Professionalisierung. So fehlten ein „gesellschaftlich akzeptiertes Berufsbild“ und „klare Rekrutierungsstrukturen“. Zudem sei die Branche in zahlreiche Berufsverbände aufgespalten. Das erschwere die Durchsetzung von Interessen. Nittel erinnerte daran, dass es die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts war, die die „Erfolge der Arbeiterbildung“ ermöglicht hatte. Die Erwachsenenbildung hingegen habe sich bislang nicht im „Stil einer sozialen Bewegung“ formieren können. Was tun? Nittel plädierte für eine Diskussion darüber, welche Qualifikationen in der Weiterbildung zwingend erforderlich sind. „Wer darf rein und wer nicht?“ Wie lasse sich etwa begründen, dass Menschen ohne pädagogische Ausbildung „deplatziert“ seien? Um Professionali-

des Fachkräfteproblem!“

sierung voranzutreiben, plädierte er dafür, „Schwerpunkte zu setzen“. Er schlug vor, sich auf die Volkshochschulen und die berufliche Weiterbildung zu konzentrieren. „Das sind die beiden Felder, auf denen Erfolge wahrscheinlich sind.“

Fehlende Ansprechpartner

Prof. Carola Iller vertrat die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften. Sie kritisierte, dass die Weiterbildungs-Wissenschaft bei Bund und Ländern keinen Ansprechpartner habe, „um Forderungen zu adressieren und Missstände zu thematisieren“. Die Zuständigkeiten seien zersplittert. In Österreich etwa gebe es eine Stabsstelle beim Kanzleramt, zuständig für Weiterbildung und lebenslanges Lernen.

Katharina Seewald vom Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) betonte: Wo die Erwachsenenbildung staatliche Aufgaben erfülle, „da gehört hauptamtliches Personal hin, nicht nur Freiberufler“. Das gelte etwa für VHSen, die staatliche Schulabschlüsse anbieten, sowie für die Träger von Integrations- und Alphabetisierungskursen. „Wir möchten zudem ein BAföG für Weiterbildung, nach dem Vorbild des Meister-BAföG“, forderte die DVV-Vertreterin. Damit Erwachsene besseren Zugang zu Fortbildungsangeboten erhalten.

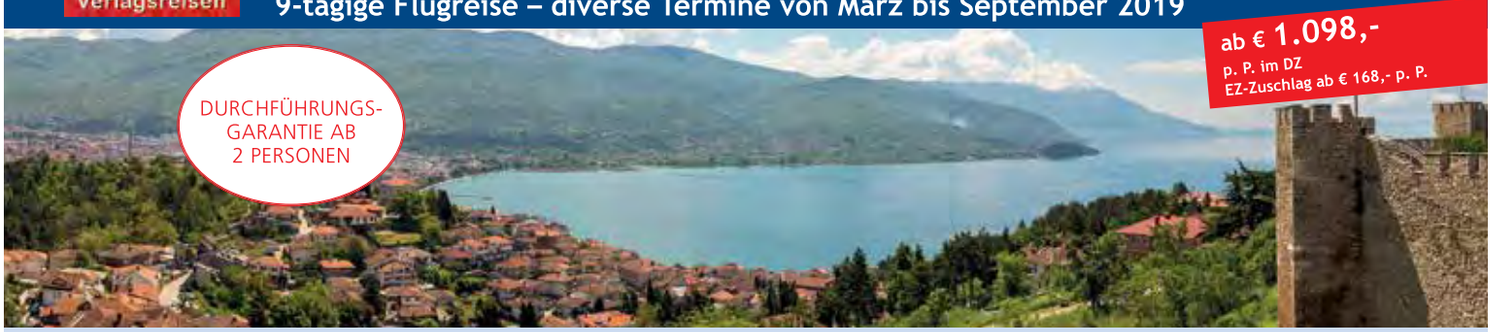
Für Weiterbildung gebe es „im Moment ein günstiges Zeitfenster“, unterstrich Ansgar Klinger vom GEW-Hauptvorstand. So habe die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eine „neue Weiterbildungskultur“ versprochen. Allerdings gehe es nicht allein um berufliche Fortbildung. Mit Blick auf den wachsenden Rechtspopulismus erklärte Klinger: „Wir brauchen auch politische und kulturelle Bildung.“ Er forderte, dass die Bundesländer je 1 Prozent ihres Bildungsbudgets in die Weiterbildung investieren. Um das zu erreichen, „müsste Hessen etwa 80 Millionen Euro mehr pro Jahr für die Erwachsenenbildung aufwenden“, unterstrich Klinger. Geld, mit dem Beschäftigungsverhältnisse verbessert, das Angebot erweitert und Teilnahmegebühren gesenkt werden könnten.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Bulgarien – Griechenland – Mazedonien
Auf den Spuren des antiken Makedonien
9-tägige Flugreise – diverse Termine von März bis September 2019

ab € 1.098,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 168,- p. P.



Unternehmen Sie mit uns eine 3-Länder-Reise auf den Spuren des antiken Makedonien. Ihre Reise beginnt in Bulgarien. Sie besuchen die Hauptstadt Sofia mit der Aleksandar-Newski-Kathedrale und das berühmte als Nationalheiligtum der Bulgaren geltende Rila-Kloster. Weiter geht es nach Griechenland, wo Sie zunächst Thessaloniki und schließlich die Ausgrabungen von Vergina erkunden. Von Kalampaka aus geht die Fahrt hoch zu den berühmten Meteora-Klöstern. Weiter geht es nach Mazedonien. Hier stehen die Ausgrabungen von Heraklea Lincestis und ein Besuch der UNESCO-Stadt Ohrid auf dem Programm.

Das beinhaltet unsere Reise
- Flug mit Bulgarian Air vom gewählten Abflughafen nach Sofia und zurück inkl. Steuern und Gebühren
- Transfer Flughafen-Hotel-Flughafen
- Unterbringung in 4-Sterne Hotels
- Halbpension
- Weinverkostung in Melnik
- Schifffahrt auf dem Ohridsee
- Traditionelles Abendessen in Skopje
- durchgehende deutschsprachige Reiseleitung
- Eintritte für: Vergina, Kloster Meteora, Heracles Lincestis, Sv. Peribletos in Ohrid, Bunte Moschee in Tetovo, Kirche Sv. Spas in Skopje, Kloster Sv. Joakim Osogovski
- Citytax

Abflughäfen
- TXL
- DUS
- FRA
- MUC
- HAM + 80,-
- HAJ + 80,-

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Berufliche Bildung neu ordnen

// Die Bundesregierung will das Berufsbildungsgesetz novellieren. Vor allem beim Streitthema Mindestvergütung für Auszubildende liegen die Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern wie auch in der Großen Koalition weit auseinander. //

Überraschend hatten sich Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag auf die Einführung einer gesetzlichen Mindestvergütung für die 1,5 Millionen Auszubildenden verständigt – analog zu dem vor vier Jahren eingeführten gesetzlichen Mindestlohn. Das soll in einem novellierten Berufsbildungsgesetz (BBiG) festgeschrieben und zudem eingebettet werden in ein Gesamtpaket „Modernisierung und Stärkung der Beruflichen Bildung“. Geplant sind unter anderem: ein neuer Berufsbildungspakt von Bund, Tarifpartnern und Ländern, eine Ausstattungsoffensive für Berufsschulen vor dem Hintergrund der Digitalisierung, Überarbeitung und „Entbürokratisierung“ von Prüfungsvorschriften, mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Studium sowie eine bessere Vergleichbarkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse. Vor allem in der weiteren beruflichen Aufstiegsphase nach der Lehre bis hin zu einem sogenannten Meister plus.

Dazu plant das Bundesbildungsministerium als Alternative zum Studium ein neues Fortbildungskonzept mit einer „höherqualifizierenden Berufsbildung“. Diese soll nach einer erfolgreich abgeschlossenen Lehre ansetzen und berufliche Karrieren auch ohne Hochschulbesuch befördern; stark gemacht hatte sich dafür die Union in ihrem Wahlprogramm. Angestrebt wird ein Stufenmodell mit den neuen Bezeichnungen „Berufsspezialist/in“, „Berufsbachelor“ und „Berufsmaster“ – entsprechend den Niveaus 5, 6 und 7 des Deutschen Qualifikationsrahmens. Auf dem „Tag der Berufsbildung“ des DGB sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU): Es brauche „Berufsbezeichnungen, die durch ihre bewusst an die europäischen Bachelor- und Masterabschlüsse angelehnten Bezeichnungen jeder und jedem die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung aufzeigen“.

Cartoon: Freimut Woessner

In europäischem Rahmen

Zum Vergleich: Die meisten drei- bis dreieinhalbjährigen beruflichen Ausbildungen entsprechen Niveau 4 des deutschen wie europäischen Qualifikationsrahmens; Niveau 5 kann durch verschiedene Zusatzqualifikationen nach einer Lehre erreicht werden. Der klassische deutsche Meisterbrief ist bisher schon mit dem Hochschulbachelor auf Niveau 6 gleichgestellt. Der neue „Berufsmaster“ auf Stufe 7, in etwa eine Art Meister plus, käme dann dem wissenschaftlichen Masterabschluss einer Hochschule gleich. Bisher kann Stufe 7 nur in wenigen beruflichen Bildungsgängen ohne Hochschulbesuch erreicht werden. Dazu gehört zum Beispiel der staatlich geprüfte Betriebswirt.

Die neuen Namen sollen per Gesetz „Titelschutz“ erhalten und auch in der Handwerksordnung verankert werden.

Mit diesem beruflichen Aufstiegskonzept will man offensichtlich darauf reagieren, dass viele Abiturientinnen und Abiturienten nach erfolgreicher Lehre ihren Betrieb wieder verlassen, um doch noch ein Studium anzuschließen. Von den jungen Menschen, die im vergangenen Jahr neu eine berufliche Ausbildung aufnahmen, hatten bundesweit 23 Prozent Abitur oder Fachhochschulreife.

Starker Zeitdruck

Für die Novelle des BBiG hat sich die Koalition unter starken Zeitdruck gesetzt, zumal sich dafür nicht nur drei Bundesministerien (Bildung, Arbeit und Soziales, Wirtschaft) verständigen müssen, sondern auch Länder und Tarifparteien zu beteiligen sind. Eigentlich sollte schon längst ein Referentenentwurf aus dem federführenden Bundesbildungsministerium vorliegen. Nunmehr solle dieser Ende des Jahres kommen, teilte ein Sprecher auf Anfrage mit. Anfang 2019 könnte es dazu einen Kabinettsbeschluss zum Gesetzentwurf geben. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden und laut Koalitionsvertrag zum 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Dabei zeichnen sich vor allem beim Thema Mindestausbildungsvergütung heftige Kontroversen auch innerhalb der Koalition ab. Karliczek nannte beim DGB-Kongress im Mai erstmals Zahlen. Die Mindestvergütung will sie an das Schüler-BAföG für junge Menschen in vollschulischen Ausbildungsgängen koppeln; im ersten Lehrjahr wären das 504 Euro. Der Betrag soll jährlich steigen: auf 529 Euro im zweiten, 554 Euro im dritten und 580 Euro im vierten Jahr. Karliczek sagte, für sie müsse eine Mindestvergütung „von Maß und Mitte“ sein. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Yasmin Fahimi, in der Fraktion für berufliche Bildung zuständig, sprach von in der Höhe „unabgestimmten Vorschlägen“. „Nach Monaten der Untätigkeit“ presche die Ministerin jetzt vor, so Fahimi. Ihre Vorschläge würden den Ansprüchen der Auszubildenden für ihre Leistungen nur unzureichend gerecht. Scharfe Kritik kam auch von Juso-Chef Kevin Kühnert.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sagte, Karliczeks Vorschlag entpuppe sich als Mogelpackung: „Da muss noch eine kräftige Schippe drauf.“ Der DGB fordert in seinem Sechs-Punkte-Programm für die Gesetzesnovellierung einen Mindestbetrag von 80 Prozent der tariflich ausgehandelten Ausbildungsvergütung für das jeweilige Ausbildungsjahr. Aktuell wären dies für das erste Jahr 635 Euro – bis hin zu 796 Euro für das vierte Jahr. Offen ist, ob die CDU-Ministerin in der Koalition nur pokert, um den Betrag im Sinne der Unternehmen so niedrig wie möglich zu halten. Bereits heute heißt es in dem vor nahezu 50 Jahren verabschiedeten Berufsbildungsgesetz: „Ausbildende haben Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren“ – ohne allerdings Zahlen zu nennen. Hausintern war die Ministerin schon im Sommer darauf hingewiesen worden, dass auf der Basis der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) betrieblich Auszubildenden wegen ihrer Teilhabe an der „Wertschöpfungskette“ in den Unternehmen mehr Entlohnung zugebilligt werden müsse als Teilnehmerinnen und Teilnehmern vollzeitschulischer Ausbildungen. Vorgeschlagen wurde der Ministerin ein Aufschlag von 10 Prozent für das erste Lehrjahr – bis hin zu 25 Prozent für das vierte Jahr. Karliczeks Redemanuskript war vom Ministerium mit dem Titel versehen worden: „Mindestvergütung für Auszubildende ist Frage der Wertschätzung.“ Profitieren werden von der gesetzlichen Mindestvergütung in jedem Fall Auszubildende in Branchen mit überwiegend kleinen Betrieben – vornehmlich im Osten Deutschlands. Dort beträgt der tarifliche Lohn laut einer Übersicht des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Beispiel für Fleischer im ersten Lehrjahr nur 310 Euro monatlich. Gewinnen werden auch junge Menschen in nicht tarifgebundenen Ausbildungsbetrieben. Das sind fast zwei Drittel aller Ausbildungsbetriebe. Nach der Rechtsprechung sind hier bisher Abschläge von bis zu 20 Prozent vom Tariflohn statthaft.

GEW fordert Inklusion

Die GEW steht klar hinter den DGB-Forderungen. Darüber hinaus hat sie eigene Punkte zur Gesetzesnovelle vorgelegt.* Darin verlangt sie unter anderem für jeden Jugendlichen einen Rechtsanspruch auf eine adäquate Berufsausbildung, wie sie in Österreich per Gesetz vorgesehen sei, erläutert GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger. Diese Garantie müsse eine Mindestausbildungszeit von drei Jahren enthalten und sich auf duale wie nicht-duale Ausbildungen beziehen. „Eine Modularisierung der beruflichen Ausbildung lehnt die GEW grundsätzlich ab“, heißt es in einem Beschluss des Vorstands. Eine weitere GEW-Forderung zur Novelle: Inklusion in das Gesetz einzubeziehen. Mit deutlich mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderungen, individuellen, sozialen, sprachlichen und strukturellen Benachteiligungen, sonderpädagogischem Förderbedarf – auch für jene ohne Schulabschluss. Bei der Mindestvergütung möchte die Bildungsgewerkschaft betrieblich-schulische sowie vollschulische Ausbildungen berücksichtigt wissen, die derzeit überhaupt nicht vergütet werden. Hierfür seien geplante bundeseinheitliche Regelungen in den Ländern zu übernehmen.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

***www.gew.de/bbig-inklusion**

Völkische Achse dominiert

// Fünf Jahre nach Gründung der AfD fordern Stimmen aus Politik und Wissenschaft deren Beobachtung durch Verfassungsschützer. Zu ihnen gehört der Rechtsextremismus-Experte Prof. Hajo Funke. //

E&W: Herr Funke, nach den rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz haben Sie öffentlich gefordert, die AfD vom Verfassungsschutz (VS) beobachten zu lassen. Wo steht die Partei heute?

Hajo Funke: Die AfD hat sich von einer eurokritischen Professoren-Partei zu einer entwickelt, die von einer „völkischen“ Achse dominiert wird, an deren Spitze Männer wie der Brandenburger Landeschef Andreas Kalbitz, Thüringens AfD-Vorsitzender Björn Höcke und Parteichef Alexander Gauland stehen. Die Radikalisierung vollzog sich nach dem Scheitern Frauke Petrys stufenweise nach rechts. Besonders deutlich ist das auf dem AfD-Parteitag 2016 in Stuttgart geworden. Dort wurde auf Antrag des sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider – er gehört der weit rechts stehenden, völkisch-nationalistischen „Patriotischen Plattform“ in der AfD an – unter riesigem Beifall beschlossen, dass der Islam nicht nur „nicht aufklärungsfähig“, sondern auch „nicht aufklärungswillig“ sei. Das ist Islamfeindlichkeit pur. In Chemnitz haben wir erlebt, wozu dieser braune Flügel fähig ist: nämlich gemeinsam mit gewaltbereiten Neonazis und dem rassistischen Pegida-Chef Lutz Bachmann Gewalt auf der Straße eskalieren zu lassen.

E&W: Dennoch sind die rechtlichen Hürden für eine staatliche Überwachung hoch. Es müssen etwa konkrete Bestrebungen vorliegen, die demokratische Verfassung abzuschaffen. Will die AfD das?

Funke: Die VS-Beobachtung wäre erst der zweite Schritt, davor liegt ein verfassungsrechtlicher Prüfvorgang. Drei bis vier Landesverfassungsschutzämter haben bereits entschieden, diesen Weg einzuschlagen – in Thüringen zum Beispiel. Dort ist bekannt, dass Höcke, der jetzt auch noch Spitzenkandidat für den Landtag ist, sehr eng mit den Identitären, einer rechtsextremen Jugendbewegung, zusammenarbeitet. Diese wird bereits observiert. Es wäre sehr inkonsistent, wenn der Staat die einen beobachtet, die anderen aber nicht.

E&W: Lehnt die gesamte AfD die Demokratie grundsätzlich ab?

Funke: Die AfD-Führung ist antidemokratisch. Wenn die Führungskader das „Merkel-System“ kritisieren, meinen sie vielfach zugleich die demokratische Verfassung. Die AfD-Spitze spricht sogar, wie jüngst Gauland in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, von einer „friedlichen Revolution“. Gut die Hälfte der AfD-Anhänger will einen „Systemwechsel“. Sicher, nicht alle Sympathisanten, auch nicht alle Aktiven, sind rechtsextrem orientiert. Doch die maßgebliche Ausrichtung der Partei ist es. Erstens: Die AfD-Spitze will eine andere Republik. Zweitens: Sie hetzt gegen alle ethnischen und religiösen Minderheiten, vielfach auch gegen Juden. Drittens: Sie verharmlost systematisch die NS-Verbrechen. Die Partei verlässt damit den Verfassungskonsens der Grundrechte und die seit 1949 entwickelte liberal-rechtsstaatliche Kultur.

E&W: Wie agiert die AfD im Bundestag?

Funke: Das Bild, das sie dort abgibt, ist ziemlich eindeutig: Es ist das einer Partei, die demokratische Werte missachtet und zersetzen will, der an einer konstruktiven Mitarbeit vielfach nicht gelegen ist. Wenn sie die freiheitliche Grundordnung in den Parlamenten attackiert, ist das bereits ein hinreichender Grund, sie ins Visier des Verfassungsschutzes zu nehmen. Und so, wie sie sich in und nach Chemnitz und Köthen präsentiert hat, stellt sie eine Gefahr für die Demokratie dar. Erst recht, weil sie im Osten eine stabile Anhängerschaft hat.

E&W: Sie kennen die V-Leute-Problematik …

Funke: Sie müssen die Observierung vom Einsatz der V-Leute trennen. Ich bin

Foto: Freie Universität Berlin/Manuel Krane

Prof. Hajo Funke lehrte von 1993 bis zu seiner Emeritierung 2010 am Institut für Politische Wissenschaften der FU Berlin.

der schärfste Kritiker der V-Männer – und im Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat dieses System die Aufklärungsblockade der Morde verstärkt.

E&W: Wie eng ist das Verhältnis zwischen AfD, Pegida, den Identitären und der Neonazi-Szene?

Funke: Die Verbindungen von Höcke zu den Identitären, zum Verleger und Aktivisten der extrem Neu-Rechten Götz Kubitschek sowie dem Chefredakteur des rechtsextremen Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer, sind systematisch. Interessant ist auch der lange intensive Kontakt Höckes zu Neonazis wie Thorsten Heise. Dann haben wir Kalbitz in der AfD-Führungsspitze, der früher in einer neonazistischen Jugendorganisation war. Diese Männer machen jetzt gemeinsam – unter Billigung Gaulands – auf vielen Ebenen mobil gegen demokratische Parteien, Institutionen und Medien.

E&W: Die Partei radikalisiert sich in rasantem Tempo nach rechts, gleichzeitig bekommt sie Zulauf aus der Mitte. Warum?

Funke: Der Zulauf aus der Mitte ist begrenzt, wie wir in Bayern mit nur 10 Prozent – im Gegensatz zu den Umfragen noch vor wenigen Monaten – jüngst sehen konnten; die Empörung gegenüber dem Rechtsruck schlug sich bei den dortigen Wahlen ansatzweise nieder. In Chemnitz gelang es der Rechten, eine prekäre gesellschaftliche Melange zu mobilisieren. Menschen, die von sich glauben, „wir sind seit 1990 sowieso Bürger zweiter Klasse“. Sie hegen einen tiefen Frust, der sich in der Wut auf Geflüchtete kanalisiert. Die Politik sollte das sehr ernst nehmen und überlegen, wie sie gegensteuert. Der Prozess der Entfesselung einer größeren fundamentaloppositionellen Bewegung, wie ihn Höcke betreibt, ist ein Stück weit gediehen, 20 bis 25 Prozent der Menschen im Osten unterstützen einen solchen Kurs. Doch rund die Hälfte der AfD-Sympathisanten ist durch eine glaubwürdige Politik noch zu erreichen.

E&W: Trifft das auf ganz Sachsen zu?

Funke: Der Freistaat hat ein zusätzliches Problem: Der Rechtsstaat hat wiederholt versagt. Und das nicht erst in Chemnitz. Die sächsische Polizeiführung war bei den brutalen Vorfällen nicht in der Lage, vermutlich auch nicht willens, angemessen und strikt gegen die sich anbahnende Gewalt der Neonazis vorzugehen: 7.000 Rechtsextremen standen am 27. August rund 590 Polizisten gegenüber.

„Die Radikalisierung vollzog sich nach dem Scheitern Frauke Petrys stufenweise nach rechts.“

E&W: Das Phänomen Rechtspopulismus ist nicht neu. Was hat sich in der Gesellschaft verändert, dass die AfD nicht nur stärkste Oppositionspartei im Bundestag, sondern seit den Wahlen in Bayern und Hessen auch in allen Landesparlamenten sitzt?

Funke: Man muss das differenziert betrachten. Im Norden, in Schleswig-Holstein oder Hamburg, kommt sie kaum an. Im Osten ist das anders. Hier ist die Partei stark, weil es eine große Unzufriedenheit und tiefe Enttäuschung gibt, die auf den 1. Juli 1990 zurückzudatieren ist, auf die Einführung der Währungsunion und auf die Treuhand. Rund zwei Drittel der Arbeitsplätze im Osten wurden infolgedessen innerhalb von zwei Jahren abgebaut. Ganze Regionen sind abgehängt. Die Politik sagt, sie muss etwas tun, aber sie tut es nicht. Das erzeugt Verbitterung. Was wir nun erleben, ist das Aufschäumen dieses Unmuts in Hass auf die Demokratie. Darin sehe ich die eigentliche Herausforderung für demokratische Parteien.

Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der
„Erziehung & Wissenschaft“

As a federal enterprise, GIZ supports the German Government in achieving its objectives in the field of international cooperation for sustainable development.

For our operations in Blantyre or Lilongwe in Malawi, we are looking for an

Development Worker (m/f/d) for Primary Teacher Training Colleges In Malawi

Job description:
GIZ's Basic Education programme in Malawi (BEP) aims at improving the quality of education at Malawi's primary schools. The programme focuses on initial primary teacher education. This involves both, the implementation of the revised and practice-oriented curriculum for initial teacher education and the support to Teacher Training Colleges (TTCs) in achieving quality standards of teaching and learning. BEP cooperates closely with the Ministry of Education, Science and Technology, their implementing partners and eight public Teacher Training Colleges. Development workers (m/f/d) are based at the decentral level. They support TTCs in improving their quality standards, implementing the curriculum, continuously improving partnerships with the Teaching Practice Schools and improving the use of ICT (information-communication technology) in teaching and learning.

Your tasks:
- A close co-working relationship exists with a national staff member at the site; each decentralised team will relate closely with the other decentralised team and the central team
- Participate in the professional exchange with the BEP-team; participate in monitoring, evaluation and reporting measures
- Support the TTCs in:
  - The process of self-evaluation against agreed national standards related to quality educa tion and in developing subsequent improvement plans
  - The process of receiving and reflecting external evaluation against national standards
  - The implementation of the revisedInitial Primary Teacher Education (IPTE) curriculum – including practice orientation, reflective learning, innovative, inclusive teaching approaches and iprovement of the quality of the TTC assessment
  - Support college lecturers to reflect on and improve their teaching through capacity development (professionalization) initiatives

Your profile:
- Qualification as teacher or (Master's) Degree in education or related studies
- Several years of experience in school teaching (standard 1–8) and/or formal teacher's training
- Involvement in teacher education programs/-initiatives; experience in developing training courses
- Knowledgeable in advising education-/partner institutions
- Experienced in coaching / delivery of teaching
- Working experiences outside Europe would be an advantage
- Structured and organized in work planning and results' monitoring; experienced in report writing
- Autonomous co-worker with a team spirit; conscious of the role of an adviser and culturally sensitive to other contexts
- Fluency in English language

For more information please visit: www.giz.de/jobs, GIZ job opportunities,.enter Keyword **P1525V028.**
Application deadline: 31.12.2018

giz

Jetzt anmelden: Buch-Gutschein-Aktion zum Welttag des Buches für 4. und 5. Klassen

Am 23. April ist Welttag des Buches. Zu diesem Anlass gibt es auch 2019 die Schulaktion „Ich schenk dir eine Geschichte“. Gegen Vorlage eines Gutscheins erhält jedes Kind der 4. und 5. Klasse im Buchhandel ein Exemplar des neuen Welttagsbuchs „Der geheime Kontinent“ von Kinderbuchautor THiLO, mit Comic von Timo Grubing.

Bestellen Sie die Buch-Gutscheine für Ihre Klassen bis 31. Januar 2019 unter www.welttag-des-buches.de.

Stiftung Lesen · Börsenverein des Deutschen Buchhandels · cbj · Deutsche Post · ZDF

und die Kultusministerien aller Länder

Cartoon: Thomas Plaßmann

Kurs hart rechts

// Die AfD verliert sich in nationalistischer Polemik, hat für die Finanzierung von Bildung keinen Plan und ist sich in vielen Fragen äußerst uneins. Zu diesem Schluss kommt der dritte und letzte Teil (s. E&W 10/ und 11/2018) der Analyse von Erhard Korn, der für die Zeitschrift „der rechte rand" (164/2017) die bildungspolitischen Ambitionen der Rechtspopulisten untersucht hat. //

Schlanker Staat, Frontalunterricht, Verzicht auf Schulsozialarbeit und Fördermaßnahmen, Ablehnung der Ganztagsschule – all das prägt die Haltung der AfD zur Bildungsfinanzierung: „Wer hat damit einen Betreuungsbedarf erst geschaffen, weil die Frau nun möglichst zügig wieder in ihren Job zurück möchte? Wer sorgt mit diesem ‚Arbeitsbienen'-Modell dafür, dass die Kinder von Sozialarbeitern, Pflegerinnen und Kita-Angestellten erzogen werden, die allesamt vom Staat bezahlt werden müssen?" So stellte es AfD-Fraktionsmitglied Thomas Schlick in einer kommunalen Haushaltsrede im März 2018 in Wolfsburg dar.

Uneinigkeit hingegen besteht in der Frage des Bildungsföderalismus. In Mecklenburg-Vorpommern forderte die AfD anlässlich der Landtagswahl 2016 „ein bundesweit einheitliches Bildungssystem", in Brandenburg kritisierte sie im Wahlkampf „das ‚Durcheinander'" in den Ländern und fordert ein zentrales System analog zu Finnland. Im Südwesten verteidigt die Partei hingegen die Länderhoheit in der Bildungspolitik, ebenso im Bundestag. Der Berliner Gymnasiallehrer Götz Frömming, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, polemisiert zudem gegen die im Koalitionsvertrag verankerte Förderung von Ganztagsgrundschulen mit dem „Argument", dort, wo die Schulleistungen am besten seien, gäbe es die wenigsten Ganztagsschulen. Es sei „erschreckend zu sehen, dass die CDU nun auch in der Bildungspolitik die letzten konservativen Grundsätze über Bord wirft".

Uneinigkeit allerorten

Während die AfD etwa in Nordrhein-Westfalen (NRW) gegen die Aufwertung der Gehälter von Schulleitungen und Grundschullehrkräften polemisiert, in Baden-Württemberg monetäre Verbesserungen von Lehrkräften in Mangelfächern fordert, will sie in Sachsen E13 für Grundschullehrkräfte. In Sachsen-Anhalt wiederum verlangt der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider, es „müss(t)en die Zulagen und sonstigen Vergünstigungen von einem grundsätzlichen Wandel in der Bildungspolitik begleitet werden, wie ihn die AfD seit jeher fordert und wie ihn Minister Tullner mit seiner Absage an den Inklusionsirrsinn hoffentlich angedeutet hat". Zunehmend rühmt sich die AfD in den Ländern, dass ihre bildungspolitischen Vorstöße von der Union aufgegriffen werden.

Zurück zur Segregation

Sie gibt vor, eine politische Lücke zu schließen, die angesichts der zunehmend pragmatischen Bildungs- und Familienpolitik der CDU entstanden ist. Sie will eine Reideologisierung der Schulpolitik, verbunden mit einem Rollback hin zu Dreigliedrigkeit und Frontalunterricht. Dabei greift sie rechtskonservatives Gedankengut auf, das in der praktischen Politik mit Drohungen und Einschüchterungen flankiert und radikalisiert wird.

Die Forderung der AfD nach einem „schlanken Staat" bedeutet für das Bildungswesen die Konzentration auf Kernunterricht, den Abbau aller zusätzlichen Unterstützungssysteme sowie eine Stärkung autoritärer Strukturen: „Problematische Schüler brauchen keinen Schulsozialarbeiter, sie brauchen Autoritäten", sagt AfD-Politiker Tillschneider. Damit wird auch ausgeschlossen, dass Schule Lernfeld für soziale Demokratie ist: eine autoritäre Schule als Fundament für einen autoritären Staat.

In der politischen Auseinandersetzung wird es für die Gewerkschaften darauf ankommen, deutlich zu machen, dass

die AfD weder die Partei der „kleinen Leute“ noch Interessenvertreterin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Studien wie die 2014 veröffentlichte „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“* weisen den Zusammenhang zwischen „neoliberalen Sozialideologien“, welche Normen des Marktes auf die Gesellschaft übertragen, und rechtspopulistischen Einstellungen nach. Folglich macht auch ein Bildungswesen, das Jugendliche auf einen Verdrängungswettbewerb ausrichtet, anfällig für Ideologien der Ungleichwertigkeit und der Herabsetzung von Menschen.

In dieser Situation kommt erschwerend hinzu, dass die politische Bildung Jugendliche weitgehend der Stimmungsmache in selbstreferenziellen Bezugsgruppen überlässt: Gerade einmal 20 Sekunden hat laut einer Studie der Universität Bielefeld** jeder Jugendliche wöchentlich Zeit, seine politische Position im Unterricht zur Diskussion zu stellen. Untersucht wurde der Anteil von Politik und politischen Themen in der Sekundarstufe I in NRW. Bildungsangebote, bilanziert der Tübinger Erziehungswissenschaftler Josef Held in seiner Feldstudie „Rechtspopulismus und Rassismus im Kontext der Fluchtbewegung“, „sollten massiv verstärkt werden, wenn man dem Rechtspopulismus nicht das Feld überlassen will“***.

Die AfD hat keine kohärente Linie bei den „harten“ Fragen der Bildungsfinanzierung. Es gibt deutliche Gegensätze zwischen einer eher neoliberal positionierten Strömung und sich stärker national-sozial profilierenden Landesverbänden. Während beispielsweise die Fraktion in Thüringen kostenloses Mittagessen an Schulen fordert, lehnt die AfD im Südwesten die Ganztagsschule ab.

Insgesamt gilt allerdings: Die Koordinaten der Bildungspolitik nach rechts zu verschieben, ist den Rechtspopulisten bereits geglückt.

Erhard Korn, Leiter des Vorstandsbereichs Grundsatzfragen der GEW Baden-Württemberg

***Andreas Zick, Anne Klein: „Fragile Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“, Dietz Verlag 2014, 175 Seiten**

****Reinhold Hedtke, Mahir Gökbudag: „17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen“, Bielefeld 2017; Download: bit.ly/studie-20sek**

*****Josef Held u. a.: „Rechtspopulismus und Rassismus im Kontext der Fluchtbewegung. Politische Orientierungen von jungen Auszubildenden in Baden Württemberg“, Berlin 2017, Download: bit.ly/rosalux-rechtspopulismus-pdf**

Schule statt Plantage

// In einer ländlichen Gegend im Süden Afrikas wollen zwei Lehrkräftegewerkschaften eine „kinderarbeitsfreie Zone“ schaffen. Die GEW-Stiftung „fair childhood“ unterstützt das Projekt. //

Unterricht als Arbeitslohn – eine haarsträubende Idee? Für Kinder in Chipinge, einem Verwaltungsbezirk der Provinz Manicaland im Osten Simbabwes, war das bis vor wenigen Jahren Alltag. „Earn and Learn“ – „Verdiene Geld und lerne“ – nannte sich das Modell, das sich einer der größten Teeproduzenten in der Region ausgedacht hatte. Kinder durften die firmeneigenen Schulen besuchen, wenn sie im Gegenzug auf den Plantagen des Konzerns schufteten. Viele Jahre ging das so. Nachdem von humanitären Organisationen und Medien Kritik laut geworden war, stellte das Unternehmen „Earn and Learn“ 2013 ein. Zwei Jahre später wählten die beiden größten Bildungsgewerkschaften des Landes, die „Progressive Teachers’ Union of Zimbabwe“ (PTUZ) und die „Zimbabwe Teachers’ Association“ (ZIMTA) Chipinge zum Schauplatz eines ehrgeizigen Vorhabens. Sie wollten eine „von jeglicher Kinderarbeit freie Zone“ verwirklichen – eine Idee, die in der entlegenen Gegend bislang alles andere als selbstverständlich war.

Kinderarbeit hat Tradition

Chipinge bildet mit rund 300.000 Einwohnern auf 5.200 Quadratkilometern den Südzipfel der an der Grenze Simbabwes zu Mosambik gelegenen Provinz. Teeplantagen sind das wirtschaftliche Rückgrat der Region. Dass es sinnvoller ist, den Nachwuchs bereits in jungen Jahren mit anpacken zu lassen als ihn zur Schule zu schicken, ist ein Gedanke, der für viele Menschen hier bisher nichts Anstößiges hatte.

Entsprechend mühselig war die Überzeugungsarbeit, die die Initiatoren des Projekts „Kinderarbeitsfreie Zone“ anfangs zu leisten hatten – sowohl bei Eltern, die obendrein die von den meisten Schulen erhobenen Gebühren scheuten, als auch bei den wirtschaftlich den Ton angebenden Teeproduzenten. „Wesentlich ist, die lokalen Gemeinschaften in ein solches Projekt einzubeziehen“, sagt PTUZ-Generalsekretär Raymond Majongwe. „Wir können mit unseren Argumenten gegen Kinderarbeit nichts ausrichten, wenn die Menschen vor Ort nicht verstehen, wo-

In Simbabwe unterstützt die GEW-Stiftung „fair childhood“ Schulprojekte der beiden größten Bildungsgewerkschaften des Landes. Kinderarbeit hat hier Tradition. Entsprechend mühsam ist es, diese zu bekämpfen.

Foto: Samuel Grumiau

rum es geht, erst recht nicht, wenn sie den Eindruck haben, dass es sich um ein ihnen fremdes Anliegen handelt, das wir ihnen aufnötigen."

Dass PTUZ und ZIMTA sich für Chipinge als Pilotregion gegen Kinderarbeit entschieden, war auch eine Folge des Plantagen-Modells „Earn and Learn". Genauer gesagt des Umstands, dass dessen Ende ausgerechnet zu Lasten derer gegangen war, denen die Kritiker mit ihrem Protest hatten beistehen wollen, nämlich der Kinder. Als diese nicht mehr für den Teekonzern arbeiten durften, blieben ihnen auch die betriebseigenen Schulen verschlossen. Die Erfahrung hinterließ in der Bevölkerung ein gewisses Misstrauen gegen Initiativen, die von außen an sie herangetragen werden, war doch auch „Earn and Learn" nicht durch Proteste aus der Region selbst, sondern durch die Kritik Außenstehender beendet worden.

Mittlerweile haben mehr als 100 Lehrkräfte in Chipinge an Schulungen der beiden Gewerkschaften zum Thema Kinderrechte teilgenommen. „Diese Lehrerinnen und Lehrer sind unsere Botschafter in der lokalen Gemeinschaft. Dank unserer Ausbildung sind sie gerüstet, um mit Eltern, Gemeindevorstehern, den Kindern selbst über die Gefahren zu reden, die mit Kinderarbeit einhergehen", erklärt ZIMTA-Chef Sifiso Ndlovu.

Thema im Unterricht

Die Projektkoordinatorin der PTUZ diskutiert regelmäßig in Schulen mit den Kindern und Heranwachsenden über das Problem der Ausbeutung Minderjähriger. Anschließend lässt sie Aufsätze über das Gehörte schreiben. Joseph Machuwaire, Direktor der weiterführenden Schule „Avontuur", ist von den Ergebnissen angetan: „Diese Diskussionsrunden sind wesentlich für einen Mentalitätswandel." Zu Zeiten von „Earn and Learn" habe in Chipinge nicht einmal Kritik an Kinderarbeit geäußert werden dürfen: „Das ändert sich zusehends. Nach diesen Veranstaltungen sind schon Eltern zu uns gekommen, um über Kinderarbeit zu reden."

Die PTUZ hat zwei Übergangsschulen eingerichtet und 23 Lehrer in Methoden der beschleunigten Wissensvermittlung ausgebildet, um Kinder, die nach dem Ende von „Earn and Learn" lange nicht mehr zur Schule gegangen sind, wieder in das Bildungssystem zu integrieren. Auch dass viele Mädchen mit Beginn der Pubertät nicht in den Unterricht kommen, weil Rückzugsräume für die Intimkörperpflege fehlen, hat die Gewerkschaft im Blick. Sie sorgte dafür, dass die Übergangsschulen seit einigen Monaten mit geeigneten Sanitäranlagen ausgestattet sind.

Die ZIMTA kümmert sich derweil an elf Schulen um die Wiederbelebung der von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern gebildeten „Kinderschutz-Ausschüsse". Die gibt es im Prinzip überall in Simbabwe; vielerorts existieren sie allerdings nur auf dem Papier. An den beteiligten Schulen organisieren die Ausschüsse nun Straßentheater, Lieder- und Tanzdarbietungen, die die Botschaft des Kampfes gegen Kinderarbeit in die Öffentlichkeit tragen. Auch Unterrichtseinheiten zum Thema Kinderrechte gibt es inzwischen. Die Schülerinnen und Schüler lernen etwa, dass es für ihre Bildungschancen einen gravierenden Unterschied macht, ob sie in der Freizeit gelegentlich den Eltern bei der Hausarbeit zur Hand gehen – oder regelmäßig auf einer Plantage beschäftigt sind. „Das fördert erheblich das Verständnis der Schüler für Kinderrechte. Sie tragen das Gelernte weiter in Familien und Freundeskreise", sagt ZIMTA-Koordinatorin Angelina Lunga.

Der Erfolg des Projekts lässt sich auch beziffern, etwa an der Sekundarschule „Ratelshoek". Dort sei nach dem Auslaufen von „Earn and Learn" die Schülerzahl auf 400 gesunken – kaum ein Jahr nach Beginn der gewerkschaftlichen Initiative wieder auf 498 gestiegen, erklärt Direktor Khosa Cames. An den beteiligten Bildungseinrichtungen nahm zwischen 2017 und 2018 der Schulbesuch insgesamt um 6,2 Prozent zu. Profitiert haben aber auch die Gewerkschaften. Die PTUZ verzeichnete in der Region einen Mitgliederzuwachs um 70 Prozent.

Samuel Grumiau,
Fachberater der Bildungsinternationale
Aus dem Französischen:
Winfried Dolderer, freier Journalist

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 12/2018

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Licht im Advent

Seit fünf Jahren bin ich GEW-Vorsitzende, und etwas, das ich vermisse, ist die Adventszeit in der Schule. Es war immer eine besondere Zeit der Vorbereitung: jeden Morgen ein Licht anzünden, eine kleine Geschichte, Schmücken, Tannenduft, Lieder, das Weihnachtsstück, Plätzchen backen. Aber auch über den Sinn von Weihnachten miteinander reden: über Streit, Konsumterror, Armut, Frieden, die Vielfalt von Kindheit in der Welt, über Hoffnung, Vertrauen, Zuversicht, innere Stärke und Gelassenheit. Und dann kam kurz vor Weihnachten die Klassenweihnachtsfeier mit den Familien: zusammenkommen, Lichter anzünden, miteinander die alten und neuen Lieder singen, unser Stück vorführen – aufgeregt, manche ängstlich, am Ende aber voller Freude und Stolz. Ein Licht anzünden, zur Ruhe kommen, an das alte Jahr zurückdenken, Kraft sammeln und mich auf das neue Jahr freuen – das sind für mich die Kräfte des Weihnachtsrituals. Das Liedersingen im Kreis der Lieben gehört unbedingt dazu. Zu Weihnachten denke ich besonders an die Kinder in dieser Welt. Viele leben in Armut, für viele gehören Migration und Flucht zum Leben, der Zugang zu Bildung ist ihnen versperrt. Der UNESCO-Weltbildungsbericht 2019* beschreibt die Lage und fordert, Brücken statt Mauern zu bauen. In deutschen Kitas, Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung gelingt das im Vergleich zu anderen Ländern nach dem Bericht schon recht gut. Viele GEW-Mitglieder unterstützen Geflüchtete und engagieren sich dafür, ihnen den Start in ein neues Leben zu erleichtern. Darüber freue ich mich und danke herzlich. Weltweit arbeiten 218 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 17 Jahren, wenn man ausbeuterische Kinderarbeit und legale Beschäftigung zusammenzählt. Von ihnen sind 152 Millionen Mädchen und Jungen – fast jedes zehnte Kind – nach aktueller Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation Kinderarbeiter – das heißt, sie müssen unter Bedingungen arbeiten, die sie ihrer elementaren Rechte und Chancen beraubt. 73 Millionen leiden unter gefährlicher, ausbeuterischer Arbeit.

Die GEW unterstützt zusammen mit „Brot für die Welt“ die von unserem Freund, dem Friedensnobelpreisträger Kailash Satyarthi ins Leben gerufene Kampagne „100 Million“**, weil die Ausbeutung von Kindern durch Arbeit ein Verbrechen und fortgesetzter Skandal ist, mit dem wir uns nicht abfinden. 100 Millionen Jugendliche sollen gewonnen werden, die sich für Kinderrechte stark machen und den Dialog mit Entscheidungsträgern aus der Politik suchen. Ich hoffe, dass sich viele GEW-Mitglieder mit ihren Schulklassen an dieser Aktion beteiligen. „Faire“ Weihnachten heißt aber auch, im Unterricht auf Kinderarbeit aufmerksam zu machen und beim Einkauf auf „faire“ Produkte zu achten. Viele Geschenke, die wir zu Weihnachten kaufen, werden durch Kinderarbeit billig produziert. Die GEW bietet Hinweise zu fair gehandelten Alternativen vom Weihnachtsstern über den Weihnachtsbaum, Schokolade, Nüsse, Schmuck und Kunsthandwerk, Elektronik, Urlaub und Feuerwerkskörper.*** Die Anstrengung lohnt sich, nach fairen Produkten zu suchen – nicht nur zu Weihnachten.

Die GEW-Stiftung „fair childhood“ sagt jeder Kinderarbeit den Kampf an und ermöglicht den Zugang zu Bildung. Wir sammeln Spenden und unterstützen Bildungsgewerkschaften bei der Errichtung kinderarbeitsfreier Zonen (s. S. 40 f.). Im Oktober haben wir die Arbeit der Stiftung neu aufgestellt, arbeiten nun mit der Bildungsinternationale zusammen und kooperieren mit weiteren Bildungsgewerkschaften des globalen Nordens. Mit einer Spende können die E&W-Leser*innen unsere Arbeit unterstützen. Faire Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2019.

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

*www.gew.de/unesco-weltbildung2019
**www.gew.de/100-million
***www.gew.de/faire-weihnachten

Mammutagenda Zukunft

// Von Digitalisierung bis Rechtsextremismus: Bei einer FrauenZukunftsKonferenz der GEW in Berlin beleuchteten Teilnehmerinnen gesellschaftspolitische Themen aus weiblicher Perspektive. //

Zeitpolitik, Digitalisierung, sexuelle Selbstbestimmung, geschlechtliche Vielfalt in Politik und Praxis sowie antifeministische Kampagnen: Bei der FrauenZukunftsKonferenz im September haben die Gewerkschaftsfrauen unter dem Motto „Geschlechterverhältnisse debattieren“ zwei Tage lang ein Mammutprogramm abgearbeitet.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe rief die Kolleginnen dazu auf, sich beim Thema digitale Bildung aktiver einzumischen. Bisher hätten die Landesverbände ausschließlich Männer in die Vorab-Arbeitsgruppe des Bundesforums „Bildung in der digitalen Welt“ geschickt: „Lassen wir uns das Thema doch nicht nehmen!“, so Tepe. Ab März 2019 soll das Gremium die Digitalisierung im Bildungswesen kritisch begleiten. Deborah Oliveira, Autorin für die Forschungsstelle Arbeit der Zukunft der Hans-Böckler-Stiftung, betonte, bei der Digitalisierung gehe es um die Frage, „wie wir künftig leben und arbeiten wollen“. Die Antwort darauf müssten Frauen geschlechtergerecht mitgestalten. Bisher fehle im öffentlichen und politischen Diskurs die weibliche Perspektive.

Deutlich wurde bei der Diskussion: Was geschlechtergerechte Digitalisierung konkret bedeutet und wie sie erreicht werden kann, ist noch unscharf. Im Bildungsbereich, in dem Lehrkräfte mit Blick auf neue Medien auf zig Ebenen gefordert sind, gibt es scheinbar noch zu viele offene Fragen. Dominantes Thema war die zunehmende Entgrenzung der Arbeit durch die digitale Kommunikation. Zunehmend flexible Arbeitszeiten könnten vor allem zu Lasten von Frauen mit Kindern gehen, befürchteten viele Gewerkschafterinnen. Tepe forderte: Eine neue Zeitpolitik sei „das Wichtigste, wofür wir kämpfen müssen“.

Arbeitszeitreformen nötig

„Wir sind noch weit entfernt von einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung“, sagte Martina Heitkötter, Grundsatzreferentin der Fachgruppe Familienpolitik und Familienförderung am Deutschen Jugendinstitut (DJI) München. 70 Prozent der Mütter übernähmen die Haus- und Familienarbeit allein; 72 Prozent der Hauptpflegepersonen seien Frauen; Mütter kümmerten sich selbst dann um den größten Teil der Hausarbeit, wenn sie Vollzeit arbeiten. Zugleich veränderten sich Lebensläufe, würden komplexer. „Eine neue Lebensverlaufsperspektive ist ebenso notwendig wie ihre politische Gestaltung.“

Heitkötter stellte ein Optionszeitmodell mit Budget für Sorgearbeit vor: Aus diesem könnte jeder Mensch über das gesamte Arbeitsleben hinweg zweckgebundene Zeit anstelle von Erwerbsarbeitszeit entnehmen. Allerdings ist bei dem Konzept noch vieles unklar – vom Gesamtzeitbudget über dessen Verwaltung bis zur Finanzierung. Auch ob sich Sorgezeit so tatsächlich gerechter zwischen Frau und Mann aufteilen lässt, wurde bei der Konferenz in Frage gestellt.

Foto: Dagmar Morath

„Wie wollen wir künftig leben und arbeiten?“, fragt Deborah Oliveira, die sich für die Hans-Böckler-Stiftung mit Zukunftsfragen befasst. Die Antwort darauf müssten Frauen geschlechtergerecht mitgestalten.

Antifeminismus von rechts

Unterdessen bekommt das Engagement für mehr Geschlechtergerechtigkeit starken Gegenwind aus dem politisch rechten Spektrum – etwa durch die AfD, die ein antiquiertes Frauen- und Familienbild vertritt. „Dadurch wird es für uns nochmal schwerer“, sagte Tepe. Zudem mache sich ein neuer rassistischer und nationalistischer Antifeminismus breit, analysierte die Politik- und Sozialwissenschaftlerin Christiane Leidinger. Seit Anfang 2018 gebe es die Kampagne „120 Dezibel“, mit der junge Frauen gegen vermeintlich „importierte Gewalt“ durch Asylbewerber im Netz mobil machten. Die Bewegung, die den öffentlichen Raum als für „deutsche Frauen“ nicht mehr sicher darstellt und zum Widerstand aufruft, ist Leidinger zufolge der rechtsextremen Identitären Bewegung (s. S. 36 f.) zuzuordnen. Die Kampagne versuche gezielt, über Sexismus und Gewalt Frauen anzusprechen. Das Gefährliche: Durch diese emotionale und manipulative Darstellung im Zusammenhang mit Migration würden Positionen der extremen Rechten „anschlussfähig an die gesellschaftliche Mitte“. Für GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow zeigt diese Entwicklung, „dass wir das, was wir als Frauen erkämpft haben, immer wieder verteidigen müssen, auch als Gewerkschafterinnen“.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Zwischen Utopie und Zwang

// Unter dem Motto „50 Jahre 68er – zwischen Utopie und Zwang“ diskutierte die Junge GEW in Walsrode, Niedersachsen. //

Nachdem der Freiburger Historiker Jens Benicke in theoretische Hintergründe eingeführt hatte, diskutierte die GEW-Jugend in Workshops: darüber, wie sich unter dem Stichwort Antiautoritarismus pädagogische Beziehungen in Institutionen, beispielsweise in Kitas und Jugendheimen, veränderten; auch ein Bogen von der sexuellen Revolution zur Sexualpädagogik wurde gespannt und kritisch über Projekte der 68er debattiert, bei denen Grenzen im Sexuellen überschritten wurden. Weiterhin standen antisemitische Tendenzen in der deutschen Linken nach 1968 sowie feministische Herausforderungen auf dem Programm.

Foto: Lisa Lewien

Gebeugt über eine Rede der Alt-68erin, Feministin und Filmemacherin Helke Sander: Die Junge GEW setzte bei ihrem Treffen in Walsrode 68er-Ideen ins Verhältnis zu heute.

Deutlich kamen unter anderem autoritäre Tendenzen in der damaligen Bundesrepublik zutage. „Uns ist klargeworden, wie der linke Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung mit einer für uns erstaunlichen Naivität einherging, was Diktatoren, Personenkulte und ideologischen Dogmatismus angeht“, sagte Junge-GEW-Sprecher Ryan Plocher. Heute seien „Diktatoren und Massenmörder wie Mao oder Enver Hoxha selbstredend keine Vorbilder“.

Ein weiteres Thema war der „Radikalenerlass“ von 1972, der zum Berufsverbot für viele Lehrkräfte führte. „Damit zeigte sich, dass politische Repression und Bespitzelung nicht nur in der DDR zum Alltag gehörten, sondern auch in der BRD existierten“, so Franzi Hense, Sprecherin der Jungen GEW Schleswig-Holstein. „Das ist heute weder west- noch ostsozialisierten jungen Menschen bekannt.“

Mit vielen Impulsen und einem besseren Verständnis dafür, wie vieles Bewegungen um und nach 1968 maßgeblich verändert hatten – von der Wohngemeinschaft bis zum kritischen Umgang mit pädagogischer Autorität –, kehrten die jungen Menschen in ihre Landesverbände zurück. Sie hatten festgestellt: Viele feministische, antidiskriminatorische und emanzipatorische Projekte der 68er sind noch heute aktuell.

Lisa Lewien und Ryan Plocher,
Sprecher*innenteam des Bundesausschusses der Jungen GEW

Auf nach Ustroń!

// Vormerken: Auch 2019 findet wieder eine deutsch-polnische Sprachakademie statt. //

Vom 15. bis 29. Juli laden die GEW und die polnische Lehrergewerkschaft ZNP, unterstützt vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk, zur Sprachakademie 2019 ein – mit neuem Profil und in bewährter Qualität. Kolleginnen und Kollegen, die sich für die polnische Sprache sowie den Austausch zwischen unseren Ländern interessieren, Partnerprojekte pflegen oder planen, sind herzlich willkommen! Es gibt Kurse und Tandem-Gruppen in jeder Sprache auf drei Niveaustufen; zusätzlich eine bunte Palette an Werkstätten und Ausflügen. Veranstaltungsort ist eine Bildungsstätte in Ustroń, einem mit dem Zug erreichbaren hübschen Ort*. Im Einzelzimmer liegen die Kosten für die deutschen Teilnehmenden bei rund 600 Euro.

Foto: Bildungsstätte Nauczyciel

Lust, Polnisch zu lernen? Dann auf nach Ustroń.

Hilla Metzner,
ehrenamtliche Leiterin der Sprachakademie

***www.ustron-nauczyciel.pl**
Anmeldung: www.gew.de/sprachakademie-polen

Auf Wortwahl achten

(E&W 9/2018, Seite 4: „Mehr Sprachsensibilität“ und „Jenni neue Chefin im Saarland“; Seite 38: „Aus der freien Wirtschaft an die staatliche Schule“)

Gerne nehme ich den Gedanken Helmut Holters auf: „Bewusstsein von Pädagoginnen und Pädagogen für ihre Wortwahl schärfen.“ Und so möchte ich euch mitteilen, dass mir beim ersten Durchblättern der E&W die Überschrift „Jenni neue Chefin im Saarland“ missfiel. In den zurückliegenden mehr als 50 Jahren meiner Gewerkschaftszugehörigkeit hatte ich – gleich auf welcher Ebene – immer mit Kolleginnen und Kollegen zu tun. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Kollegin Jenni zu schätzen weiß, als Chefin apostrophiert zu werden.

Einige Seiten weiter dann: „Aus der freien Wirtschaft an die staatliche Schule“. Die Überschrift alleine suggeriert einen Gegensatz zwischen „frei“ und „staatlich“. Da „frei“ zweifelsfrei positiv konnotiert ist, wird es gern und sehr erfolgreich von „der Wirtschaft“ beansprucht. Sehr viele Menschen, die in „der Wirtschaft“ ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, spüren von dieser „Freiheit“ wenig bis nichts. Sie gilt nur – und da stimmt das Attribut – für die Chefs (vergleiche Chefin Jenni), Eigentümer der Produktionsmittel und Manager. Sie sind wirklich weitgehend „frei“, nach Eigeninteresse zu verfahren, und dabei noch weitere Deregulierung (ihre Freiheit) zu fordern. Dem stehen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst (hier Schule) gegenüber, die glücklicherweise noch einigermaßen reguliert sind, worin ich eine Gewähr für die Freiheit der Beschäftigten sehe. Ich leite daraus die Bitte an die Redaktion „meiner“ Gewerkschaftszeitung ab, eine solche, unseren Vorstellungen abträgliche Wortwahl zu vermeiden.

Herbert Wolf, Speyer

„Für ALLE Kinder“

(E&W 9/2018, Seite 30 f.: „Auch die Hochbegabten brauchen Förderung“)

In dem Artikel ist von einem „Paradigmenwechsel“ die Rede. Wird der auch bei der GEW stattfinden? Die GEW behauptet von sich, sich für ALLE Kinder einsetzen zu wollen. 2 Prozent eines Jahrgangs (2016 ca. 220.000 schulpflichtige Kinder in Deutschland) sind hochbegabt. Davon haben 15 bis 20 Prozent (33.000 bis 44.000 Kinder) so massive Probleme, dass sie therapeutische Hilfe brauchen. Da hochbegabte Kinder in allen Schichten vorkommen, betrifft das insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien, denen die Eltern nicht helfen können. Und da die GEW das Thema Hochbegabung bisher ignoriert bzw. nur negativ dazu Stellung genommen hat, lässt sie genau diejenigen im Stich, für die sie sich theoretisch einsetzt: hochbegabte Kinder aus benachteiligten Familien.

Annette Heinbokel, Bremen

„Nicht wirklich wertgeschätzt“

(E&W 9/2018, Seite 32 ff., Hintergrund Quer- und Seiteneinsteiger und GEW-Kommentar: „Bildungsmisere!“)

Zustimmen kann ich Marlis Tepe in vielen Punkten: Bedarfsprognosen, finanzielle Ausstattung, Arbeitsbedingungen etc., da liegt seit mehreren Jahrzehnten vieles im Argen. Im Punkt „Wertschätzung“ von Menschen ohne originäre Lehramtsausbildung muss ich allerdings widersprechen.

Teilweise seit Jahrzehnten im Dienst, durchaus auch mit einer fachbezogenen pädagogischen Ausbildung, werden Menschen, die in den 1970er-Jahren in Zeiten des Lehrermangels eingestellt wurden und sich stetig weitergebildet haben, aber keine Hochschulausbildung haben, nicht wirklich wertgeschätzt. Sie haben sich selbstständig weiterqualifiziert, neue Aufgaben in Schule sowie Aus- und Fortbildung übernommen. Sie werden bei gleicher Tätigkeit deutlich niedriger bezahlt als „vollausgebildete“ Lehrkräfte, welche sie zum Teil sogar mit ausgebildet haben. Allerdings werden sie bei der Bezahlung, die ein Teil von Wertschätzung ist, wie Studierende im ersten Semester behandelt! Die Betreffenden hätten sich mehr Solidarität von Kollegen und Gewerkschaften gewünscht und natürlich auch ein Angebot des Arbeitgebers bzw. der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zur Weiterqualifizierung.

Ihnen wurden nie Angebote zur Weiterqualifizierung gemacht, ein Aufstieg dieser „alten“ Seiteneinsteiger der 1970er-Jahre wurde und wird politisch nicht gewollt.

Daher kann ich nur warnen: Liebe Interessenten, schaut euch die Unterschiede bei den Gehältern für gleiche Tätigkeit genau an. Rechnet eure „Wertschätzung“ einmal auf das gesamte noch vor euch liegende Berufsleben aus! Der Einsatz von Quer- und Seiteneinsteigern ist schon seit Jahrzehnten in unterschiedlichem Umfang „Dauerzustand“ und wird anscheinend auch aus finanzieller Sicht besonders vom Finanzministerium durchaus begrüßt.

Erika Busch-Ostermann, Werne

Pro freiheitliche Werte

(E&W 9/2018, Seite 6 ff.: „Rassismus im Alltag“)

In dem Artikel werden die schrecklichen Menschenrechtsverletzungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan „mal so eben“ in einem Nebensatz erwähnt. Der Autor ist sich offensichtlich nicht bewusst, dass er in Deutschland fast wie in einem Paradies lebt, was freie Meinungsäußerung angeht. Er darf alles schreiben, was er denkt; denkt er dabei überhaupt nicht an die vielen inhaftierten Berufskollegen in der Türkei? Zum anderen sehe ich in der Stellung eines Nationalspielers viel mehr, als dass er gut „kicken“ kann. Jeder Nationalspieler oder jede Nationalspielerin ist ganz nebenbei ein Botschafter/eine Botschafterin Deutschlands – zwar in erster Linie im sportlichen Bereich; aber dennoch muss er oder sie unsere freiheitlichen Werte ausnahmslos vertreten. Zeigt sich ein solcher Spieler oder eine solche Spielerin mit einem Politiker, der unseren heutigen Staat immer noch mit einem Nazistaat gleichsetzt, dann ist er/sie zu Recht in einer Nationalmannschaft nicht zu akzeptieren.

Christel Grosse, Essen

Wo bleibt das Kind?

(E&W 10/2018, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Bildung in der digitalen Welt“)

Wie wohltuend die Ausführungen von Harald Welzer vorn im Heft – wie gruselig Ausführungen auf den meisten folgenden Seiten.

Digitale Medien fächerübergreifend ab Klasse 1 in der Grundschule … Wer schützt die Kinder davor? Das Wort Kind oder Kinder kommt in den Artikeln überhaupt sehr selten vor, von Bedürfnissen dieser kleinen menschlichen Wesen oder auch ihren Fähigkeiten ist gar nicht die Rede. Es geht doch tatsächlich um die Fragen – vor allem im Da-Sein mit Kleinen – wie wir als Menschen unsere Lebendigkeit leben, ehrlich ein zufriedenes, sinnhaftes, selbstbestimmtes Leben führen können? Wem würde bei der Suche nach Antworten der Umgang mit digitalen Medien an vorderster Stelle einfallen?

Tablet-Recherche zu Wald und Rehen!! Das ist es nicht, was Kindern aus schwierigen (zum Beispiel bildungsfernen) Familien fehlt. Sondern einfach mal in einem Wald zu sein und mit allen Sinnen wahrzunehmen, was sich dort zeigt. Und: Diese Sinne sind bei Kindern im Grundschulalter keineswegs fertig entwickelt. Ein Beispiel sind die Augen, für deren Entwicklung der Wahrnehmungsfähigkeit drei Dimensionen und Tageslicht benötigt werden. So brauchen Kinder in Japan in unnatürlich großer Zahl Brillen, weil diese Entwicklung durch „Bildschirm-Hinrichtung“ gestört wird. Auch Konzentrationsfähigkeit, Kreativität, Bewegungsfreude nehmen bei Beziehungen zu Smartphones oder Tablets statt zu natürlichen Lebewesen ab; Kinder und Jugendliche brauchen Beziehungen zu Menschen.

Wieso ist es nicht früh genug, wenn sich Jugendliche ab zwölf oder 13 Jahren in der Schule mit Digitalisierung, Informatik, Algorithmen beschäftigen? Sie sind immer noch fixer als „Alte“ dabei. Und Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien können vorher kaum entwickelt werden.

Annette Härtel, Markgröningen

Digitalisierungswahn

Bereits vor bald 20 Jahren kursierten Meinungen wie „Mit Computern erziehen wir die Kinder zu fantasielosen Befehlsempfängern“. Inzwischen sind diese Thesen von der Hirnforschung bestätigt und die allgemeine Warnung lautet: „Keine Bildschirmgeräte bevor Kinder zwölf Jahre alt sind!“

Die schlimmsten Deformationen, die ich kenne, sind bei Kindern zu finden, deren räumliches Sehen unterentwickelt ist, weil sie seit frühester Kindheit acht bis zwölf Stunden täglich Bildschirme anschauen – und damit ist noch nicht räumliches Denken gemeint, das ist komplett verschwunden. Mir fehlen in dem Heft die Ergebnisse der modernen Hirnforschung – stattdessen sind die Texte mit meinungsbildenden Adverbien gespickt.

Gerade eine Gewerkschaft sollte sich fragen, wem einseitige Information nutzt. Geht es wirklich um die Kinder oder um Arbeitsplätze? Viele Programmierer schicken ihre Kinder übrigens auf Privatschulen ohne Digitalisierungswahn …

Axel Georges, Offenburg

Nicht der Industrie unterordnen

Das Oktoberheft bringt 15 Beiträge unter dem Thema „Bildung in der digitalen Welt“. Die GEW muss sich zu diesem Thema positionieren, Vorschläge machen und Forderungen für einen sinnvollen und pädagogisch wertvollen Unterricht aufstellen, der nicht den Interessen der Industrie und der Mobilfunklobbyisten untergeordnet ist, diesen Tür und Tor für ihre einseitigen Profitinteressen öffnet. Die Bundesregierung macht das Thema Digitalisierung der Gesellschaft und besonders auch der Schulen zur Chefsache. Dabei ist ernsthaft zu befürchten, dass nicht unbedingt von den Bedürfnissen und Interessen der Schüler ausgegangen, sondern ein hohes Lied auf die Industrie 4.0 angestimmt und eine Entwicklung zur Smart City als Mutter allen Fortschritts überhöht wird. Um diese Ziele zu erreichen, werden eine Verdreifachung der Strahlenbelastung und eine gewaltige Steigerung des Energieverbrauchs in Kauf genommen. Von dieser Dauerbestrahlung sind Säuglinge, Kinder und Jugendliche am stärksten betroffen. Aus diesem Grund hat es mich völlig überrascht und auch geärgert, dass kein einziger Beitrag die gesundheitlichen Gefahren der Mobilfunkstrahlung, von WLAN usw. thematisiert. Es ist dringend erforderlich, ganz besonders die Risiken für Kindergartenkinder und Schüler zu beleuchten.

In Deutschland wird das Thema von der Politik weitgehend ignoriert, kleingeredet, Mobilfunkbetreiber können nahezu tun und lassen, was sie wollen. Die Grenzwerte stammen aus den 1950er-Jahren, orientieren sich weitgehend nur an der Erwärmung des Gewebes, die weltweite medizinische Forschung zu Gesundheitsrisiken durch Mobilfunkstrahlung wird überhaupt nicht beachtet.

Die GEW wird sich hoffentlich nicht dem Trend anschließen, den die FDP auf ihren Wahlplakaten zum Besten gibt: „Digital first. Bedenken second.“. Die Gefahren und Risiken elektromagnetischer Strahlung im Mikrowellenbereich für die Gesundheit vor allem von Kindern und Jugendlichen muss ernst genommen und entsprechend der neuesten Erkenntnisse der medizinischen Forschung gründlich und offen besprochen werden. Zudem sind Lösungen anzugehen, diese Strahlung im Sinne des Menschenrechts auf Gesundheit zu begrenzen.

Manfred Drechsler, Stuttgart

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

BERLIN: Ideal für SABBATICAL-Aufenthalte/ Fortbildungen Dazu die preisgünstige, super ausgestattete auf max. 6 Monate zu mietende möblierte Wohnung für maximal 2 Personen
Infos: www.Berlincentral-Appartment.com
Mail: e.baechle@t-online.de / Tel. 01702331409

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

GR-Samos, Fam. Taleporou
verwöhnt Sie!
www.pension-ermioni-samos.de
Jetzt neu! Unser Haus in den Bergen
www.haus-agapi-samos.com

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit täglich

Insel Rügen: Ferienwohnungen in Putbus für 2 bis 4 Personen: ruhig, sonnig, Natur pur; **Tel. 038301 60289, www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/verlagsreisen

Bewahren, was uns verbindet.

Denkmale verbinden Menschen über Ländergrenzen und Generationen hinweg miteinander. Sie stiften Identität, prägen das Werteempfinden, sind lebendige Orte der Erinnerung, Wahrzeichen, Mahnmale oder Zufluchtsorte. Denkmale sind mehr als nur Steine – sie sind ein Stück unserer Heimat, die zu Stein geworden ist. Darum ist Denkmalschutz unser Dank an die Vergangenheit, die Freude an der Gegenwart und unser Geschenk an die Zukunft.
Helfen auch Sie mit, dieses Geschenk zu erhalten.

DZI Spenden-Siegel
Ihre Spende hilft!
Spendenkonto
Commerzbank AG
BIC: COBA DE FF XXX
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

www.denkmalschutz.de

Jahn-Lederwaren

Lauter Einserkandidaten!
Lehrertaschen made by Jahn.
www.jahn-lederwaren.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

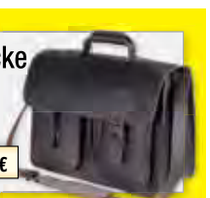
Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Trolleys, Taschen, Rucksäcke
Bester Preis, beste Qualität
- verschiedene Materialien
- hochwertig verarbeitet
- große Auswahl

ab **49,90 €**



TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · **www.timetex.de**

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER
Das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget holen!
- Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Telefon: 0 35 04/64 33-0
✆ Service-Center Frankfurt:
069/96 75 84 17
www.schulfahrt.de

Diesmal

Cartoon: Freimut Woessner